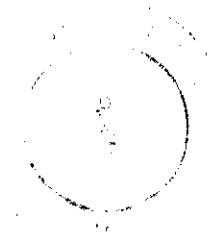


# *Hugo Brandt*

**Geschichte  
der SPD in  
Rheinessen**



A92-3577

Copyright/c 1991  
Christel Brandt  
Zum Naheblick 3  
6531 Grolsheim

Alle Rechte der Verbreitung, auch durch Film, Funk und Fernsehen,  
fotomechanische Wiedergabe, Tonträger jeder Art, auszugsweise Nachdruck  
oder Einspeicherung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen aller  
Art, sind vorbehalten.

Herausgeber: SPD Rheinhessen  
Druck und Verlag: Wormser Verlagsdruckerei GmbH, Worms

Grußworte	9/10
Hugo Brandt: Geschichte der SPD in Rheinhessen	
1. So fing es an	11
2. Philipp Johann Schöppler	16
3. Arbeiterbildungsverein und ADAV (I)	17
4. Der tote Lassalle in Mainz	21
5. Der Arbeiterbildungsverein und ADAV (II)	23
6. Sozialdemokraten, Demokraten, Liberale und Ultramontane	25
7. Die Spaltung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und die Wahlen zum Zollparlament	32
8. Paul Stumpf, die Internationale und der Sozial- demokratische Verein in Mainz	37
9. Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei	40
10. Erste gewerkschaftliche Zusammenschlüsse	43
11. Das Ende des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins	45
12. Der Deutsch-Französische Krieg	48
13. Die Sache mit dem Oktroi	53
14. Wohnungsprobleme und die Stadterweiterung	55
15. Erste Streikbewegungen	58
16. Die Reichstagswahlen von 1874 und die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Vereine	64
17. Organisatorische Entwicklung und persönliche Streitigkeiten	72
18. Die Sache mit Leo Frankel	74
19. Zirfaß im Gefängnis	78
20. Die Verschlechterung der ökonomischen Lage	79
21. Der Bierstreik	81
22. Die »Süddeutsche Volksstimme«	82
23. Johann Most und die Reichstagswahlen 1877	84
24. Die Reichstagswahlen 1878 und das Sozialistengesetz	86
25. Unsicherheiten und die Reichstagswahlen 1881	91
26. Die Reichstagswahlen 1884 und der erste Wahlerfolg bei Landtagswahlen in Mainz	101
27. Der Streit zwischen Jöst und Leyendecker und die Reichstagswahlen 1887.	108
28. Der »Geheimbundprozeß« von 1887	116
29. Die ersten Erfolge bei Kommunalwahlen und bei den Reichstagswahlen	118

30. Das Ende des Sozialistengesetzes	123
31. Gewerkschaften, Arbeitskämpfe und Streitpunkte	128
32. Das Recht auf Arbeit	129
33. Die Wirkungen des Sozialistengesetzes	139

<i>Anton Maria Keim:</i> Arbeiterbildung und Arbeiterbewegung – Mainzer Anfänge	140
--	-----

<i>Lucie Kölsch:</i> Wormser Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz	145
--	-----

## 24. Die Reichstagswahlen 1878 und das Sozialistengesetz

Viel Zeit blieb den Sozialdemokraten nach den Reichstagswahlen nicht. Normalerweise hätten die nächsten Reichstagswahlen 1880 stattgefunden, aber es sollte anders kommen. Das für die Sozialdemokraten sich ständig verschlechternde Klima brauchte nicht viel, um sich in einem Gewitter zu entladen.

In Mainz fanden 1877 Kommunalwahlen statt, die zeigten, daß das kurzzeitige Bündnis von Demokraten und Nationalliberalen (Fortschrittler) wieder zebrochen war. Ein großer Teil der Sozialdemokraten und der Demokraten hätten, so behauptete das »Mainzer Tagblatt«, den Ultramontanen zum Wahlsieg verholfen.

Im Juli waren in der gleichen Woche der Oberbürgermeister der Stadt, Carl Wallau, und Bischof Ketteler, zwei herausragende Gestalten dieser Zeit, verstorben.

Die Rezession ging weiter, und bei der Beurteilung der damit zusammenhängenden Ereignisse und Folgen schieden sich die Geister vornehmlich an der Sozialdemokratie. Viele Gebeutelte wandten sich ihr zu, die anderen bekämpften sie umso heftiger.

Zum Jahresanfang 1878 gab der »Mainzer Anzeiger« einen düsteren Ausblick: *»Über unser Vaterland läßt sich wenig berichten, und noch weniger Erfreuliches. Nichts ist gelöst, nichts ist entschieden. Wir wissen nicht, was das Morgen bringt. Geschäfts- und Kanzlerkrisis in Permanenz, das ist alles, was die Weisheit unserer Staatslenker und unserer Parlamente zu liefern vermochte.«*

Und das nationalliberale »Mainzer Tagblatt« ist stocksauer: *»Es ist, als ob dieselbe Gesellschaft, auf deren Zerstörung die Sozialdemokratie es eigentlich abgesehen hat, nichts Angelegentlicheres zu tun wüßte als ihr dabei hilfreiche Hand zu leihen. Stichwörter dieser Partei wie ‚definitive Lösung der sozialen Frage‘, ‚gerechte Verteilung der Güter‘, ‚Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für jeden‘, ‚Recht auf Arbeit‘, ‚methodische Ausbeutung des werktätigen Volkes‘, ‚kapitalistische Engherzigkeit!‘, ‚endliche Hebung tausendjähriger Gebrechen‘ verirren sich nicht selten in liberale und konservative Zeitungen, in Unterhaltungsschriften aller Art, Schauspiele, Kinderbücher, ja, bilden sogar ganz neuerdings wohlfeile Dekorationsstücke von Predigten.«*

Die sozialdemokratische Argumentation wirkte und fand Eingang in andere politische Lager. Man konnte auf weitere Verbreitung hoffen und auf endliche Umsetzung in Politik. In diese Entwicklung platzte das Attentat Hödels auf Kaiser Wilhelm I. wie bestellt, und für die konservative Presse ist es ausgemacht: *»Mit der National-Zeitung nehmen wir zunächst an, daß ein Zweifel darüber, daß der Täter ein innerhalb und durch die sozialdemokratische Agitation*

*verwildertes Individuum ist, im Augenblick nicht möglich ist.«* (Tagblatt 15.5.1878)

Die Regierung war auch sofort mit einem »Gesetz gegen die Ausbreitung der sozialdemokratischen Bestrebungen« zur Hand, aber der Reichstag lehnte es mit 143 gegen 60 Stimmen ab.

Doch Anfang Juni erfolgte ein erneutes Attentat von einem gewissen Dr. Nobiling, und diesmal wird der Kaiser verletzt, und die Entrüstung über diesen Anschlag ist allgemein. Nun ist Bismarck entschlossen, die Stimmung zu einem Plebiszit auszunutzen, löst den Reichstag auf und schreibt Neuwahlen aus. Es beginnt eine wahre Hetzjagd auf Sozialdemokraten. Das »Mainzer Tagblatt« berichtet von einer Volksversammlung in Worms, die von 1500 Personen besucht war, *»bestehend aus Bürgern aller Lebenskreise und Parteien der Stadt, welche speziell zum Zwecke der Abwehr sozialistisch-revolutionärer Umtriebe abgehalten wurde, beschloß einstimmig*

*1. daß jeder Bürger die sozialistisch-revolutionären Umtriebe von jetzt an bekämpfen müsse, auf Schritt und Tritt, durch Wort und Schrift und in öffentlichen Versammlungen.*

*2. daß die Arbeitgeber, und zwar alle Fabrikanten und Meister aufzufordern sind, das Nötigste zur Bekämpfung auch ihrerseits, und zwar in der ihnen am geeignetsten erscheinenden Weise zu tun.*

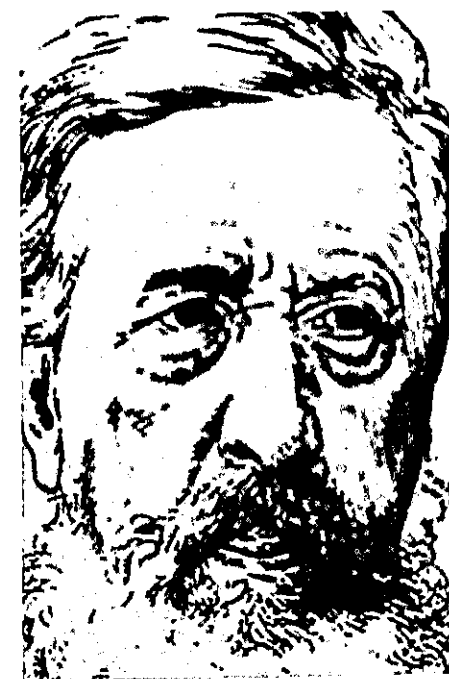
*Das sind Regungen eines erwachten Pflichtbewußtseins, die unsere vollste Anerkennung verdienen«*

Nun, das ist eine nur notdürftig verhüllte Aufforderung, Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder zu entlassen. Ausgemacht war es für das »Mainzer Tagblatt«, daß bei den Wahlen am 30. Juni 1878 kein Sozialdemokrat in den neuen Reichstag gewählt werden darf: *»Jeder einzelnen Wahlkreis, der fortan einen sozialdemokratischen Abgeordneten entsendet, übernimmt die moralische Mitschuld für alles, was aus der revolutionären Wühlerei der Sozialdemokratie hervorgeht.«*

Und immer wieder wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber besondere Mittel haben, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Das Muster dieser Hetzkampagnen sollte sich in der Folge noch vielfach wiederholen und feierte dann in der Weimarer Republik fröhliche Urständ.

In dieser Progromstimmung feierten die Sozialdemokraten trotz ihr Volksfest in Mainz, diesmal am sog. »langen Sumpf« im Gonsenheimer Wald. Wenige Tage später versammelten sich die Sozialdemokraten im Wille'schen Lokal im Gartenfeld und proklamierten Wilhelm Liebknecht zu ihrem Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim. Die Ultramontanen boten wieder Dr. Moufang an, die Nationalliberalen (Fortschrittspartei) Ludwig Reuleaux und der Demokratische Verein Guido Weiß.

Von besonderem Interesse ist hier der Kandidat der Demokraten Guido Weiß, der von den Sozialdemokraten als einer der Ihren reklamiert wird. Zwar sei der



Wilhelm Liebknecht

nicht Mitglied, aber als Freund und Nachlaßverwalter Johann Jacobys denke er wie dieser, und nach Meinung von Leyendecker sollten die Demokraten auf eine eigene Kandidatur verzichten. Die blieben aber bei ihrer Entscheidung.

Liebknecht, der, wie damals üblich, in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen kandidierte, kam selbst nach Mainz und hielt am 18. Juni eine große Volksversammlung im Kurfürstlichen Schloß. »In derselben ging der Redner auf die Ursache der Auflösung des Reichstags ein und findet die Ursache nicht sowohl in dem Attentat gegen den Kaiser und der damit im Zusammenhang stehen sollenden Sozialdemokratie, als in innerer Notwendigkeit für den Fürsten Bismarck, welchem der bisherige Reichstag unbequem geworden, weil er mit demselben seine Maßnahmen betreffs des Tabakmonopols, Ausnahmegesetze, Steuererhöhungen usw. nicht durchführen könne,« schreibt in seinem umständlichen Deutsch der Korrespondent des »Mainzer Tagblatts«.

Das Wahlergebnis vom 30. Juli zeigte, daß sich die Sozialdemokraten nicht ins Bockshorn jagen ließen. Liebknecht konnte den Wahlkreis zwar nicht gewinnen, aber er erreichte 3267 Stimmen, ein unter diesen Umständen sensationelles Ergebnis.

So sah das Ergebnis aus:

Weiß	930 Stimmen
Reuleaux	7223 Stimmen
Moufang	6978 Stimmen
Liebknecht	3267 Stimmen

Die Stimmen für den Demokraten Weiß kamen fast ausschließlich aus der Stadt Mainz, und auch die Sozialdemokraten hatten in der Stadt ihren Schwerpunkt mit 2454 Stimmen. Nennenswerte Kontingente kamen aus Bretzenheim (115), Kostheim (143), Weisenau (94), Hechtsheim (71), Gonsenheim (69) und Kastel (60).

Soweit es die Stadt betrifft, ist die Sozialdemokratie den anderen Parteien ebenbürtig geworden. In Mainz bekamen Liebknecht 2454, Moufang 2835 und Reuleaux 2479 Stimmen.

Die Wahlentscheidung mußte in der Stichwahl am 8. August fallen, und diesmal gab es für die Sozialdemokraten keine Wahlenthaltung mehr. Das Thema des Wahlkampfes war die Ausnahmegesetzgebung, das sog. Sozialistengesetz, und nur Moufang hatte sich klar gegen jegliche Ausnahmegesetze ausgesprochen. Damit waren die Fronten klar. Bei der Stichwahl bekam Reuleaux 8709 Stimmen, Moufang indessen 11290. Die Entscheidung war in der Stadt gefallen, dort bekam Moufang jetzt 5599 Stimmen, Reuleaux indessen nur 3284. Es waren die sozialdemokratischen Stimmen, die den Ausschlag gegeben haben. Liebknecht, von Bamberger im Reichstag auf dieses Bündnis angesprochen, erklärte bündig: »... und seien die Sozialdemokraten in Mainz von ihm angewiesen worden, für Dr. Moufang zu stimmen, den er nach der von ihm abgegebenen Erklärung für demokratischer und liberaler halte als die

Nationalliberalen, von deren Kandidaten er nur eine sehr unbestimmte Erklärung habe erhalten können« (Tagblatt 15.10.78)

Bismarck aber hatte dennoch den Reichstag, den er brauchte, um sein Ausnahmegesetz durchzubringen. Nach der Vorlage des Entwurfs für das »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« schrieb der »Mainzer Anzeiger« am 17. August: »Was den Entwurf des neuen Sozialistengesetzes anbelangt... so übertrifft derselbe alle ‚Erwartungen‘ d.h. so viel man auch von den reaktionären Bestrebungen der Regierung befürchtete, der Entwurf läßt alles hinter sich. Wenn dieser Entwurf durchgeht, dann ist Rußland ein freies Land gegen uns, da man dort den Dingen wenigstens den richtigen Namen gibt.«

Am 19. Oktober 1878 wurde das Sozialistengesetz in namentlicher Abstimmung 221 gegen 149 Stimmen angenommen.

Am 26.10. ließ das Großherzogliche Kreisamt Kasse und Gegenstände der Sozialistischen Arbeiterpartei in Worms bei Heinrich Günther in der Sterngasse 17 beschlagnahmen. Der Verein wurde aufgelöst. Eine Liste der Mitglieder, ihre Zahl war mittlerweile auf 56 geschrumpft, Parteiprogramme, Organisationsstatute, Briefe, Rechnungen und ein Kassenbuch wurden mitgenommen. Wenige Tage später, am 1. November, waren die Gewerkschaften der Schuhmacher und der Schneider dran.

In Mainz war nichts mehr zu verbieten. Die vom Gesetz betroffenen Vereine und Gewerkschaften hatten sich schon vorher selbst aufgelöst.

Ferdinand Tönnies fällt in seiner 1929 erschienenen Untersuchung (Der Kampf um das Sozialistengesetz 1878) das Urteil des Historikers: »Es darf als eine unzweifelhafte historische Tatsache bezeichnet werden, daß in keiner dieser sinnlosen Taten die Sozialdemokratie ihre Hand hatte.«

Im Reichstag kämpfte der Mainzer Zentrums-Abgeordnete Dr. Moufang einen vergeblichen Kampf gegen das Gesetz. Tönnies: »Bei der Diskussion über den § 11, der vorschrieb, daß das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung der in § 1 bezeichneten Bestrebungen (Untergrabungen) zu verbieten sei, äußerte sich auch der damalige Bistumsverwalter von Mainz, Dr. Moufang, der darauf hinwies, daß vielseitig außer dem Hause und auch in dem Hause man darüber im unklaren sei, was unter den verbotenen Bestrebungen verstanden werden solle – die Bildung von Arbeiterassoziationen zu produktiven Zwecken, wofür doch auch der Reichskanzler seine Sympathie ausgesprochen habe? Der Anspruch auf Staatshilfe? Wenn aber die Eisenbahngesellschaften sich vom Staate eine Zinsgarantie versprechen lassen, sei das nicht Staatshilfe für die reichen Aktionäre!« Er wies ferner auf die Reste der Allmende und auf die falschen Begriffe vom Eigentum hin – in dem, was die Sozialdemokraten darüber lehrten, finde er nicht so etwas Verwerfliches, daß man mit solchen Mitteln, wie das Gesetz sie enthalte, dagegen einzuschreiten Veranlassung hätte. Ebenso sei es mit der Ehe, die, wie man sage, durch die Sozialdemokratie

# Reichs-Gesetzblatt.

Nr 34.

Inhalt: Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 211.

(Nr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen &c.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

## § 1.

Bereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Verfassungsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Verfassungsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise verbreitet sind. Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

## § 2.

Auf eingetragene Gewerkschaften haben im Falle des § 1 des Gesetzes vom 1. Juli 1869, betreffend die Verhütung der Gewaltsamkeit und Unruhmacherei, sowie des § 1 des Gesetzes vom 1. Juli 1869, betreffend die Verhütung der Unruhmacherei, keine Anwendung zu finden.

Das Gesetz über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 findet auf die in demselben erwähnten Vereine keine Anwendung.

zerstört werden sollte (der stenographische Bericht verzeichnet hier alsbald Unruhe, die offenbar bei den Befürwortern des Gesetzes sich bemerklich machte). Erhalte das für eine durch nichts zu begründende Verdächtigung. »Die Ehe der Sozialdemokraten, meine Herren, ihre häuslichen Verhältnisse – ich habe sie in der Nähe gesehen – sind keineswegs die schlechtesten und verwerflichsten, und es denkt keiner daran, ein wildes Geschlechtsleben gesetzlich zu etablieren.«

Die wirkliche Gefährlichkeit der Sozialdemokratie liege in der wirklich vorhandenen großen Unzufriedenheit im Arbeiterstande: »Wir haben diese Leute zu dem einen von uns getrennten Stande künstlich gemacht, darum stehen sie uns so gegenüber.«

Aber die Zeit der Argumentation war vorbei. Bismarck wollte dieses Gesetz, und er bekam es.

Für die Sozialdemokratie begannen 12 Jahre der Illegalität und der Verfolgung.

## 25. Unsicherheiten und die Reichstagswahlen 1881

Gelegentlich hat man die 12 Jahre des Sozialistengesetzes die Heldenzeit der Sozialdemokratie genannt. Damals wußte man noch nichts von 1933. Denn die 12 Jahre, die dann folgten, stellten bei weitem alles in den Schatten, was die Zeit der Herrschaft des Sozialistengesetzes zu bieten hatte.

Gewiß, Parteiorganisationen und Gewerkschaften waren verboten, Versammlungen durften nur noch in unmittelbarem Zusammenhang mit Wahlen stattfinden, denn zu Wahlen war die Sozialdemokratische Partei nach wie vor zugelassen, aber die Parteizeitungen waren allesamt verboten, die Schriften sozialistischen Inhalts wurden konfisziert und ihre Verbreitung untersagt. Viele Sozialdemokraten wurden unter den unterschiedlichsten Anklagen beobachtet, verfolgt, verurteilt und gingen ins Gefängnis, noch mehr mußten immer wieder Haussuchungen über sich ergehen lassen, einige mußten Deutschland verlassen. Eine schwierige Zeit also für Sozialdemokraten, aber keiner war an Leib und Leben bedroht. Immerhin, nicht wenige verloren ihren Arbeitsplatz und mußten sehen, wie sie sich und ihre Familie über die Zeit brachten. Zu alledem war es eine Zeit, in der ohnehin die Arbeitslosigkeit die Existenzen bedrohte.

Ein Schlaglicht: »Anfangs dieser Woche suchte ein hiesiges Geschäft einen Hausburschen. Als am Abend die Lokalblätter mit dem betreffenden Inserat erschienen, hatten sich bis 9 Uhr abends bereits 62 Hausburschen gemeldet, am folgenden und am dritten Tage waren im ganzen nicht weniger als 282 Hausburschen erschienen, darunter auch sehr viele Leute, die bessere Tage gesehen hatten. Einige wollten nur für Kost und Logis arbeiten, machten auf Gehalt keine Ansprüche, nur um Unterkunft zu finden.« (Tagblatt 25.1.1879)

Sozialdemokraten hatten noch geringere Chancen, wieder eine Beschäftigung zu finden, und sie waren stärker bedroht, sie zu verlieren.

Selbstverständlich trafen sich die Sozialdemokraten auch weiterhin, aber sie mußten es heimlich und unter Deckadressen tun. Die Unsicherheit darüber, was sie denn überhaupt noch tun dürfen, war bei den Sozialdemokraten sehr groß; der Text des Sozialistengesetzes war so unklar, daß er eine möglichst große Vielfalt von Anwendungsmöglichkeiten abdeckte. Aber die fehlende Klarheit machte nicht nur den Sozialdemokraten zu schaffen, sondern auch der Polizei. Die wußte auch nicht so recht, was sie denn nun eigentlich tun darf und was nicht. Und so gab es eine gewollte Verunsicherung, die sich in vielen Polizeiberichten niederschlug. Hier einer aus Worms vom 16.12.78 an das Großherzogliche Kreisamt:

*»Die durch die Ausführung des Reichsgesetzes vom 21.10.78 verfügte Auflösung der dahier bestehenden Vereine mit sozialistischen Tendenzen hatte auf die davon berührten Kreise eine sehr heilsame Wirkung. Das rasche und energische Durchgreifen der Behörde in dieser Richtung hat der Weiterverbreitung der Sache den Boden geraubt. Die Anhänger der Sozialdemokratie wurden auf das verbrecherische Treiben aufmerksam gemacht und sie in die rechte Bahn zurückgelenkt. Überhaupt waren die sozialistischen Ideen in hiesiger Stadt nur wenig in den Kreis der Arbeiter, namentlich der Fabrikarbeiter gedrungen, sondern die Anhänger der Partei rekrutierten sich meist nur aus den kleinen Schuhmachern und Schneidern, welche letzteres Geschäft hier stark vertreten ist und auch die Mehrzahl der Parteimitglieder lieferte.*

*Wir wollen durchaus nicht behaupten, daß die Sozialdemokratie in hiesiger Stadt ganz und gar ausgerottet ist, allein das ist sicher, daß sie an Boden verloren hat und das um so mehr, als hier eigentlich fähige Leiter der Bewegung nie existierten, sondern die Sache von außen, namentlich von Mannheim aus geschürt und geleitet wurde. Da nun sozialistischen Agitatoren das Handwerk gelegt und namentlich dem Einfluß derselben durch öffentliche Versammlungen auf die ungebildete Masse beseitigt wurden, so ist der Weiterverbreitung der sozialdemokratischen Tendenzen der Boden entzogen.*

*Auch die hier erscheinende ‚Neue Wormser Zeitung‘ – demokratisches Organ – welche früher stark mit den Sozialdemokraten liebäugelte, hat sich seit Erlaß des Gesetzes größter Mäßigkeit befleißigt. Schließlich erlauben wir uns noch auszuführen, hat sich alsbald nach der Auflösung des Vereins der sozialistischen Arbeiterpartei dahier ein Gesangsverein ‚Heiterkeit‘ gegründet. Nach unseren Ermittlungen sind die aktiven Mitglieder dieses Gesangsvereins meist Mitglieder des sozialistischen Vereins gewesen. Durch Beitritt von aktiven Mitgliedern hat sich die Zahl der Vereinsmitglieder auf 29 gehoben. Diese 29 Personen gehörten jedoch mit 2 Ausnahmen sämtlich dem Verein der sozialistischen Arbeiterpartei oder den ebenfalls aufgelösten Gewerkschaften der Schneider und Schuhmacher an. Wenn durch die Statuten dieses Gesangs-*

*vereins auch jede politische Unterhaltung untersagt ist, so kann doch eine Vereinigung, selbst in dieser unverfänglichen Form nicht geduldet werden. Es ist unseres vorgreiflichen Dafürhaltens eine derartige Vereinigung als unter die Bestimmungen des § 1 des vorerwähnten Gesetzes fallend zu betrachten und erlauben wir uns daher das Verbot derselben gehorsamst zu beantragen.*

*Nachträglich legen wir zwei bei Mitgliedern des Vereins ‚Heiterkeit‘ erhobenen Liederbücher gehorsamst vor. Aus der Auswahl der darin enthaltenen Lieder, namentlich dem Lassallelied, trotzdem dieses mit Papier überklebt ist, ergibt sich zur Genüge die Tendenz dieses Vereins.«*

Arme »Heiterkeit«, also damit war es auch nichts. Was man durfte und was nicht, war ganz und gar unsicher.

Nach einer Phase des verblüfften Schweigens versuchte es in Mainz Joseph Leyendecker, nicht die Sozialistische Arbeiterpartei, die es ja gar nicht mehr gab, mit einer Volksversammlung im Kurfürstlichen Schloß, bei der Wilhelm Liebknecht reden sollte. Kein Zufall, daß es Wilhelm Liebknecht sein sollte, denn der war zu dieser Zeit in Mainz der beliebteste unter den sozialdemokratischen Führern. Der Reichstagsabgeordnete sollte über die dem Reichstag vorliegenden Zoll- und Steuervorlagen reden, und darüber war Information dringend vonnöten. Die Schutzpolitik belastete die Verbraucher und half bestenfalls den großen Gütern; die Steuerpolitik, so schrieb der »Mainzer Anzeiger«, bringe den unbemittelten Klassen nichts:

*»Im ganzen sehen wir also, daß die projektierte Bismarcksche Steuerreform den unbemittelten Klassen eine Mehrbelastung von 56.900.000 Mark, dagegen den Wohlhabenderen Klassen eine Steuerentlastung von 56.202.000 Mark bringen würde.«*

Aber das Großherzogliche Kreisamt verbot diese Veranstaltung, und das Innenministerium bestätigte das Verbot, weil »die Versammlung von einem notorisch als Agitator bekannten Sozialdemokraten einberufen, und ein anderer nicht weniger bekannter sozialdemokratischer Agitator den Bericht über den vorgesetzten Gegenstand zu erstatten bestimmt war.« (Tagblatt 18.5.1879)

Es war also nichts mit dem Versuch von Leyendecker, persönlich als Einberufer der Versammlung aufzutreten. Das Manöver war auch zu offensichtlich, daß selbst dümmere als das Kreisamt den Braten gerochen hätten.

Der »Mainzer Anzeiger« übrigens benutzte diese Gelegenheit, dem Bürgermeister Dumont eins auszuwischen; der hätte wenigstens gegenüber dem Kreisamt darauf aufmerksam machen können, daß man in Mainz ein freies Wort gewohnt sei. »Aber auch schon persönliche Erinnerungen hätten Herrn Dumont wohl anderes Verhalten empfehlen können, denn es ist Herr Liebknecht, welchem Dr. Dumont zu Dank verpflichtet ist. Oder sollte der Bürgermeister vergessen haben, daß die Herren Bebel und Liebknecht gelegentlich der Zollparlamentswahlen nur zu dem Zwecke nach Mainz gereist waren, um dem

*Demokraten Dumont ihre Unterstützung zu leihen und daß der Kandidat Dumont damals Händedrucke mit ihnen getauscht und sie seiner wärmsten Dankbarkeit versichert hat!*«

Aber Dumont dachte nicht daran, sich für Liebknecht zu verwenden, und wenn er es getan hätte, am Ergebnis hätte das auch nichts geändert.

Die gereizten, unsicheren Behörden verboten zunächst einmal alles, was nach Sozialdemokratie aussah. Als im Juni 1879 Karl Frohme, ebenfalls sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, im »Greiffenklauer Hof« eine Vorlesung über die Moralphilosophie des Cicero halten wollte, wurde die auch verboten.

Etwas mehr Glück hatten die Schreiner, die ihre Versammlung im August 1880 durchführen und sogar eine Resolution fassen konnten, mit der sie den gerade streikenden Berliner Tischlergehilfen ihre tatkräftige Unterstützung zusagten. Aber diese Versammlung kam wohl nur auf Grund einer Nachlässigkeit oder eines Irrtums zustande, denn wenige Tage danach wurde eine Untersuchung eingeleitet, weil »die Vermutung Platz gegriffen hatte, als ob es sich hier um eine sozialdemokratische Versammlung gehandelt hatte.« Fortan hatten es auch die Schreiner und alle anderen Gewerkschaften schwerer, sich öffentlich zu versammeln.

Man könnte glauben, daß die klugen Mainzer Polizisten nach Mainzer Art eher bereit waren, ein Auge zuzudrücken und absichtlich ein Einschreiten zu verschlampen – aber weit gefehlt, die Praxis der Polizei in Mainz war sogar durchweg kleinlicher als anderwärts.

An das Kreisamt kam von der hessischen Regierung die Weisung, mit aller Strenge gegen die Sozialdemokraten vorzugehen. Nicht ganz zu Unrecht vermutete man in Frankfurt und in Mainz besonders gefährliche Nester, und deshalb jagte auch eine Haussuchung die andere, bei denen man alles konfiszierte, was der Beamte für sozialistisch hielt. In den Mainzer Kasernen wurde selbstverständlich auch die Rauchfahne des Sozialismus gesichtet, und die armen Soldaten hatten darunter zu leiden, denn die Regimentskommandeure waren aufgefordert, nachzuforschen, »ob in den Kasernen solche Ideen wirklich Platz gegriffen und ob keine sozialdemokratischen Schriften, Zeitungen oder Broschüren auf geheimem Wege in die Kasernen Eingang gefunden hatten.« (»Mainzer Anzeiger« 21. 12. 1880). Und so suchten denn die Spieße in den Spinden nach der Idee des Sozialismus.

Die Haussuchungen entbehrten, bei aller Beschwerne für die Betroffenen, nicht ganz der Lächerlichkeit. Bei Leyendecker beschlagnahmte man nicht nur Photographien von Bebel und Liebknecht, sondern auch Karnevalslieder, Visitenkarten und ein Couvert, das an den Gesangverein »Heiterkeit« adressiert war. Bestimmte Gesangvereine, wir haben das schon bei einem Wormser Gesangverein gesehen, erregten ohnehin den Verdacht der Behörden, daß dort nicht nur gesungen und getrunken werde, und deren Mitglieder blieben auch nicht von Haussuchungen verschont. Dem Gesangverein »Frohsinn« beschlagnahmten

die Behörden zunächst einmal alle Musikalien, »weil derselbe sozialistischer Tendenzen verdächtig war« (Anzeiger 23. 8. 1881). Auch ein Stenographenverein entging nicht der Aufmerksamkeit der Polizei. Er mußte es sich gefallen lassen, daß seine Räume auf den Kopf gestellt wurden.

Am meisten litten Leyendecker und Jöst unter den häufigen Durchsuchungen, denn man suchte vornehmlich den »Sozialdemokrat«, die Exilzeitschrift der Sozialistischen Arbeiterpartei, die in der Schweiz redigiert und gedruckt wurde und die auf oft abenteuerlichen Wegen den Adressaten erreichte. Der auch in Mainz nicht unbekannt Mottelerer hatte den 3. Kongreß der Sozialdemokratischen Partei im »Heilig Geist« in Mainz 1872 präsiert – wurde zum finftenreichen »roten Feldpostmeister«, der den Versand leitete. Natürlich ärgerte es die Behörden besonders, wenn sie wieder einmal feststellen mußten, daß der »Sozialdemokrat« verteilt worden war, und sie waren wieder einmal zu spät dran, um es zu verhindern.

Unter solchen Umständen fanden im November 1880 Kommunalwahlen statt, bei denen ein Drittel der Stadtverordnetenversammlung zu wählen war (die Stadtverordneten hatten unterschiedliche Wahlzeiten: 9, 6 und 3 Jahre), und an der sich die Sozialdemokraten gar nicht beteiligten. Die Hauptauseinandersetzung fand zwischen der Liste der Vereinigten Liberalen und der Liste der Ultramontanen statt. Die Liberalen gewannen deutlich. Interessant für uns ist aber die Lagebeurteilung eines Mitglieds des demokratischen Vereins, die sicherlich auch von den Sozialdemokraten geteilt wurde:

*»Zur Stadtverordnetenwahl.*

*Der Wahltag steht vor der Tür. Da hat jeder Wahlberechtigte die Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen mitzuhandeln. Vor allem sollten wir die Erfahrungen zu Rate ziehen, die wir bei früheren Wahlen gemacht haben. Nur selten waren die Gewählten nach der Wahl dieselben, für welche sie sich vor der Wahl ausgaben. Namentlich die Volks- und Arbeiterfreunde haben oft vor der Wahl für das Volkswohl alles zu opfern versprochen, während sie, wenn das ersehnte Ziel erreicht war, nur ihren Sonderinteressen dienten. Fassen wir einmal die Hauptstützen der verschiedenen Parteien ins Auge, so treten uns bei der katholischen Volkspartei sofort die Namen Moufang und Falck entgegen. Was hat Herr Moufang vor seiner Reichstagswahl nicht alles versprochen, wie hat er seine Arbeiterfreundlichkeit zur Schau getragen! Weniger Soldaten, weniger Steuern – alles, alles, was den Arbeiter bedrückt, wollte er hinwegräumen! Und nach der Wahl! Daß er am teuren Brot allein schuld sei, wollen wir nicht sagen, aber daß er für den Kornschutzzoll gestimmt hat, ist eine Tatsache, welche man nicht oft genug den Arbeitern vorhalten kann. Das war eine Arbeiterfreundlichkeit, den Sonderinteressen der katholischen Priester zulieb. Die Arbeiter werden dafür Herrn Moufang seiner Zeit den Dank nicht vorenthalten. Der praktische Arbeiterfreund, Herr Falck, macht es schon anders. Er weiß, wie es um den Arbeiter steht. Er selbst war ein Arbeiter, ein*



*Mann, der mit Messer und Beil umgeht. Bei den katholischen Versammlungen draußen im Deutschen Reich, da ist er Arbeiterfreund durch und durch. Aber hier im Stadthausaal beantragt er, als ehemaliger Schweinemetzger im Interesse seiner Kollegen eine Steuer auf Pferdefleisch – mit dem Motto: Alles für das Volk, alles durch das Volk! Es ist schon traurig genug, daß der arme Mann Pferdefleisch essen muß, aber noch betrübender, wenn ihm dieser Genuß durch einen Volksfreund wie Herrn Falck III. verteuert werden soll. Einen solchen Arbeiterfreund nochmals als Stadtverordneten zu wählen, hieße dem Volk gerade ins Gesicht schlagen. Bei der Hessischen Volkspartei, vulgo Nationalliberale vulgo Konservative (siehe Heyl in Worms) befinden sich genau ebensolche Männer mit ebensolchen Arbeiterfreundlichkeiten. Da heißt es: wir sind wirkliche Arbeiterfreunde, wir haben in unseren Fabriken Pensions-, Spar- und sonstige Kassen. Aber wenn der Arbeiter 25-30 Jahre in der Fabrik gearbeitet und seine Beiträge richtig gezahlt hat (sie werden ihm vielmehr am Wochenlohn abgezogen), da kann es ihm passieren, daß er wegen nichtiger Gründe fortgejagt wird und infolgedessen jeden Anspruch auf seine gezahlten Beiträge verliert.*

*Oder er erhält nach 40jähriger Tätigkeit eine Pension, bei der er verhungern kann. Und doch nennen sich die Herren „Arbeiterfreunde“, sie negieren sogar ihre Fabriken „in den drei höchsten Namen“.*

*Wir könnten unsere Rundschau noch weiter fortsetzen, es mag für heute bei diesen Andeutungen genügen. Leider hat auch unsere demokratische Partei Leute aufzuweisen, die, angelangt an den erstrebten Zielen, sehr oft vergessen, was sie früher alles versprochen haben.*

*Drum, ihr wahlberechtigten Arbeiter, lasset Euch nicht durch Partei-verhältnisse beeinflussen, wählet Männer als Stadtverordnete, von denen bekannt ist, daß sie es ernst meinen mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit.«*

Mit wesentlich höherer Konzentration bereiteten sich die Sozialdemokraten auf die 1881 bevorstehenden Reichstagswahlen vor. Lange vor dem Wahltermin – der war noch gar nicht bekannt – eröffneten die Sozialdemokraten die Wahlkampagne. Schon im Februar 1881 wurden an einem Samstagabend schlagartig und massenhaft Aufrufe verteilt, die wiederum Wilhelm Liebknecht als Kandidaten für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim empfahlen. Die hohe Arbeitslosigkeit wurde in dem Flugblatt angeprangert und die hohen Lebensmittelpreise, die Zoll- und Steuerbewilligungen, die auch der gegenwärtige Abgeordnete Herr Dr. Moufang mitzuverantworten habe.

Das Flugblatt wurde zwar verboten, aber das nützte nichts mehr, es war draußen, ein Beweis für die nach wir vor gut funktionierende Organisation und die generalstabsmäßige Absprache unter den Sozialdemokraten: die Verteilung mußte überall gleichzeitig erfolgen, um der Polizei keine Chance zu geben, eingreifen zu können.

Bei der Verteilung des »Sozialdemokrat« war das schwieriger, weil die Zeitung nicht kostenlos abgegeben werden konnte, und deshalb ergaben sich für die Polizei immer wieder Möglichkeiten, die Verteilungskette zu durchbrechen und die Zeitung zu beschlagnahmen.

Im März befand sich der dritte aus der Führungsgruppe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hasenclever, in Mainz und führte Besprechungen wegen der Reichstagswahl. Im Mai war es Bebel, der sich mit seinen Parteifreunden besprach. »Unter seinem Vorsitz fand am Sonntag in Gegenwart einer Anzahl auswärtiger Sozialdemokraten in allernächster Nähe unserer Stadt eine gemeinsame Besprechung statt über die Tätigkeit der Partei zur bevorstehenden Reichstagswahl.« (»Mainzer Tagblatt« 11.5.1881). Die allernächste Nähe, von der hier die Rede ist, war die Ingelheimer Aue, und wegen des Treffens wurde wenig später eine staatsanwaltliche Untersuchung eingeleitet, die aber niedergeschlagen wurde.

Im Juni befand sich Wilhelm Liebknecht in der Stadt, aber er wurde auf Schritt und Tritt von der Polizei beobachtet. Sie wollte nicht noch einmal so genasführt werden wie bei dem Besuch Bebels einen Monat vorher.

Wie gereizt die Polizei auf Arbeiterversammlungen reagierte, auch dann, wenn sie mit den gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gar nichts zu tun hatten, zeigen zwei Beispiele.

Im Juli kam ein Redakteur Polke aus Berlin, der einen Vortrag über das Unfallversicherungsgesetz und die deutschen Gewerkvereine Hirsch-Duncker'scher Richtung halten wollte. Diesen Vortrag hatte er schon an vielen Orten gehalten, ohne daß ihn die Polizei beanstandet hätte. Als die Versammlung in Mainz aber den Sozialdemokraten Jöst zu ihrem Vorsitzenden wählte, erklärte der Bezirksvorsteher Fritzingen die Versammlung kurzerhand für aufgelöst.

Im August lud ein Herr W. Sturm, ehemaliger Zimmermeister, zur Volksversammlung in das ehemalige Lokal des Herrn Garrez in der Mitternacht ein. Als nun, wie das üblich war, ein sog. Bureau gewählt wurde, paßte das dem Wirt und auch der Polizei nicht, und Leyendecker und die Sozialdemokraten zogen mit Hochrufen auf Liebknecht aus dem Saal. Einen Monat später wiederholte sich das Spielchen mit demselben Redner, der keineswegs Sozialdemokrat war, sondern seine zünftlerischen Vorstellungen an den Mann bringen wollte, nur, daß es diesmal Jöst war, der mit Hochrufen auf Liebknecht das Lokal verließ.

Die Stimmung unter den Sozialdemokraten war trotz aller Behinderungen ihrer Arbeit gut, und als Anfang September der Wahltermin auf den 27. Oktober festgesetzt wurde, durften auch die Sozialdemokraten ihre Agitation verstärken.

Am 17.10.1881 fand im Kurfürstlichen Schloß eine Volksversammlung der Sozialdemokraten statt, auf der Liebknecht sprach. Der Saal war mit etwa 3000 Personen überfüllt, und viele mußten umkehren, weil der Saal nicht alle fassen konnte. Leyendecker eröffnete, und dann sprach Liebknecht 1 1/2 Stunden lang, mit stürmischem Applaus empfangen. »Die Ausführungen des Herrn Lieb-

knecht richteten sich hauptsächlich gegen die Ausnahmegesetze, wobei er bemerkte, daß auch die Judenhetze eine Folge dieser Ausnahmegesetzgebung sei, er bekämpfe ferner die Zoll- und Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, die Militärlast und den Getreidezoll, der dem Landvolk gar nichts nütze und nur für den Großgrundbesitzer geschaffen sei«, so berichtet u.a. der »Mainzer Anzeiger« am 18.10. über diese Veranstaltung.

Die vereinigten Liberalen hatten den Redakteur der »Berliner Volksstimme« Dr. Phillips als Kandidaten aufgestellt, die Ultramontanen hatten Dr. Moufang, der im Mittelpunkt scharfer Kritik stand und dem man schlicht Wortbruch vorwarf, und das keineswegs nur von den Sozialdemokraten, zurückgezogen und an seiner Stelle Dr. Frank nominiert.

Das Ergebnis der Wahl vom 27. 10. 1881 war eine faustdicke Überraschung: Liebknecht erhielt im ersten Wahlgang die meisten Stimmen.

Das offizielle Ergebnis im Wahlkreis Mainz-Oppenheim:

Wahlberechtigte	24 580
abg. Stimmen	16 076
Phillips	5 376
Frank	4 531
Liebknecht	598,3

Allein in Mainz hatte Liebknecht fast 4 000 Stimmen erhalten. Die Sozialdemokraten erwiesen sich mit diesem Ergebnis als die weitaus stärkste politische Kraft in der Stadt. Die übrigen Stimmen kamen fast ausschließlich aus den Gemeinden um Mainz: Weisenau (277), Kostheim (272), Bretzenheim (180), Gonsenheim (175), Kastel (174), Hechtsheim (141), Finthen (109), Marienborn (93), Mombach (87). Das heißt: von den 5 983 Stimmen, die Liebknecht im Wahlkreis erhielt, kamen nicht weniger als 5 491 aus Mainz und nächster Umgebung. Der ganze übrige Teil des Wahlkreises brachte nur 492 Stimmen auf.

Im Wahlkreis Bingen-Alzey hatte Bebel kandidiert — er war auf einer Wahlkreis-Konferenz am 22.5. in Ober-Ingelheim zum Kandidaten gewählt worden — und kam auf ganze 282 Stimmen. Im Wahlkreis Worms-Heppenheim-Wimpfen hatten die Sozialdemokraten erst gar keine Kandidaten aufgestellt.

Um so spannender war es im Wahlkreis Mainz-Oppenheim, in dem sich nun Liebknecht und Dr. Phillips in der Stichwahl gegenüberstanden. Der »Mainzer Anzeiger«, der sich bislang Liebknecht gegenüber durchaus wohlwollend verhalten hatte, mußte nun als liberales Blatt massiv für Dr. Phillips eintreten. Er mußte erklären, warum man keinen Sozialdemokraten wählen darf: sie stören die Versammlungen, sie lassen andere nicht gelten, außerdem lauern im Hintergrund kommunistische Tendenzen. »Ein Sozialdemokrat kann und wird niemals ein vorurteilsfreier Vertreter der Gesamtinteressen sein, ihm gilt nicht die Losung: gleiches Recht für alle, sondern der Ruf: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Vereinigt Euch zu dem Anstürmen gegen das Bestehende. Nicht aus Sittlichkeit und strenger Pflichterfüllung, sondern aus der Saat des Hasses und des Neides

soll eine glücklichere Zukunft für das Volk erwachsen. Darum wählen wir keinen Sozialdemokraten, sondern einen Mann, dem das Wohl der Gesamtheit höher steht, als das nicht verstandene Interesse einzelner Gruppen.«

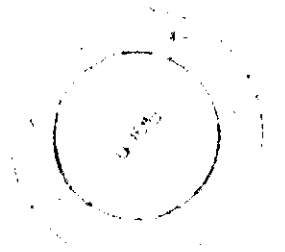
Aber die Mehrheit der Wähler richtete sich nicht nach diesem Appell. Trotz der massiven Intervention durch die Presse gewann Liebknecht die Stichwahl mit 8252 Stimmen gegen Dr. Phillips, der 7533 Stimmen erhielt. Der Wahlkreis war zum erstenmal gewonnen, und wieder gab die Stadt mit fast 5 000 Stimmen für Liebknecht den Ausschlag. Der freiheitlich demokratische Sinn der Mainzer hatte bei dieser ersten Wahl unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes gegen dieses Ausnahmegesetz protestiert. Die Sozialdemokraten jubelten, und dennoch fiel ein Schatten der Ungewißheit auf diesen Sieg. Liebknecht hatte auch die Wahl im Wahlkreis Offenbach-Dieburg gewonnen, und nur eines dieser Mandate konnte er annehmen. Aber Liebknecht entschied sich für Mainz; gegenüber dem Kreisamt erklärte Liebknecht schriftlich, daß er die Wahl für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim annehme. Die Sozialdemokraten in Mainz und Umgegend konnten zufrieden sein, ihre Anstrengungen hatten sich gelohnt.

Am 16. 11. 1881 berichtete der »Mainzer Anzeiger«: »Der Reichstags-abgeordnete Liebknecht, der Vertreter unseres Wahlkreises, ist heut hier eingetroffen.«

Zwei Tage später kam die kalte Dusche. Liebknecht zog seine Annahmeerklärung zurück und nahm die Wahl für den Wahlkreis Offenbach-Dieburg an. »Obwohl Herr Liebknecht hier nur mit einer Majorität von 620 Stimmen zum Siege gelangte, in Offenbach dagegen eine Mehrheit von 3 608 Stimmen erzielte, demzufolge also die Nachwahl in Offenbach ungleich mehr Aussicht auf Erfolg der Sozialdemokraten zu haben schien, hat der Genannte es doch vorgezogen, in Offenbach-Dieburg anzunehmen.« (Anzeiger vom 18. 11. 1881)

Die Sozialdemokraten waren konsterniert und verstanden die Welt nicht mehr, aber es half nichts, man mußte sich hier auf Nachwahlen einrichten. Alles begann wieder von vorne.

Die Gründe für den Widerruf Liebknechts sind nicht klar. Liebknecht selber behauptete in einer Rede an seine Mainzer Wähler, seine Entscheidung habe im Interesse der Partei gelegen, was natürlich überhaupt nichts erklärt. Das »Mainzer Tagblatt« glaubt zu wissen, das es Carl Ulrich, dem Führer der Offenbacher Sozialdemokraten gelang, Liebknecht umzustimmen. Auch das überzeugt nicht, denn Liebknecht war nicht der Typ, der sich seine Entschlüsse durch Überreden abhandeln ließ. Der »Mainzer Anzeiger« schließlich will wissen, man sei der Ansicht gewesen, Bebel, der bei dieser Wahl noch ohne Mandat geblieben war, sei in Mainz leichter durchzubringen als in Offenbach. Alle diese Gründe überzeugen nicht. Irgendetwas Entscheidendes, wovon wir nichts wissen, muß sich in den Tagen zwischen dem 13. und dem 17. November ereignet haben, das Liebknecht so sehr beeindruckt hat, daß er seinen zuerst gefaßten Entschluß umwarf.





Karl Grillenberger

Die Nachwahl wurde auf den 8. 12. 1881 anberaumt. Dr. Phillips kandidierte wieder für die vereinigten Liberalen, Frank für das Zentrum. Die Sozialdemokraten warfen das Beste, was sie überhaupt hatten, in diesen Wahlkampf: August Bebel.

Die ganze Führungsschicht der Sozialdemokratie griff ein: Bebel, Liebknecht, v. Vollmar, Hasenclever, Frohme, Grillenberger, Kräcker, Blos. Aber sie kamen keineswegs alle zu Wort.

Bei der großen Mainzer Wählerversammlung im Kurfürstlichen Schloß durften zwar nach der Eröffnung durch Leyendecker, Liebknecht und Bebel reden, als aber auch Hasenclever noch reden wollte, meinte der Polizeikommissär, nun sei es aber genug und löste die Versammlung auf.

Die Versammlungen, die Kräcker, Blos und Frohme in den Stadtbezirken halten wollten, wurden von Anfang an verboten.

Grillenberger ging es auch nicht besser. Er war aufs Land gegangen und wollte in Selzen reden. Korrespondentenbericht vom 5. 12. 1881 im »Mainzer Tagblatt«:

»Selzen. Die Sozialdemokraten auf Reisen.

*Auch unser patriotisch und fortschrittlich gesinnter Ort hätte heute beinahe eine sozialdemokratische Versammlung gehabt. Um 4 Uhr kam Herr Reichstagsabgeordneter Grillenberger mit einigen Sozialdemokraten hier an, um uns zu den Weltbeglückern zu bekehren. Daß wir aber in dieser Beziehung nicht so lernbegierig sind, hat Herr Grillenberger und sein Anhang erfahren, denn sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Ich meine nämlich damit den Kronwirt, der den Herren, die in der Gaststube leere Bänke trafen, noch nicht einmal erlaubte, vor diesen ihre Weisheit zu predigen. Wenn alle Wirte dem Beispiel des Selzer Kronwirts nacheiferten, würden die Sozialdemokraten bald sehen, daß in unserer Gegend kein Boden für ihre Theorien ist, und daß sie sich dafür andere Orte aussuchen müssen.«*

Solche Stimmen bestätigen nur, was uns die Wahlergebnisse schon belegen: die sozialdemokratischen Stimmen kommen aus Mainz und dem Gürtel von Gemeinden um Mainz herum. Auf dem Lande war vorerst nichts zu gewinnen, und das gilt für ganz Rheinhessen, nicht nur für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim.

Das Ergebnis der Nachwahl vom 8. 12. 1881

Stimmberechtigte	24 656
abg. Stimmen	16 966
Phillips	6 485
Frank	4 864
Bebel	5 503

Obwohl bei der Stichwahl zwischen Bebel und Dr. Phillips Bebel mit 8 385 Stimmen mehr Stimmen bekam als vor ihm Liebknecht, ging der Wahlkreis nun verloren, denn Dr. Phillips erreichte 8 633 Stimmen, mithin 248 mehr als Bebel.

Der schon gewonnen geglaubte Wahlkreis Mainz-Oppenheim ging für die Sozialdemokraten knapp verloren.

Mit Liebknecht und Bebel waren die bedeutendsten Männer der Vorweltkriegs-Sozialdemokratie Kandidaten des Wahlkreises Mainz-Oppenheim. Von Liebknecht wissen wir schon, daß er häufig Mainz besucht hat, Bebel war ebenfalls öfters hier. Gerade während des Sozialistengesetzes konnte er durch seine Geschäftsreisen – Bebel hatte eine kleine, aber gut gehende Fabrik, die Tür- und Fenstergriffe u. a. aus Büffelhorn herstellte – auch politisch Verbindung mit den Mitgliedern halten.

Mit Mainz verband ihn noch eine Besonderheit seiner persönlichen Geschichte. Anfang der dreißiger Jahre war Bebels Vater, der Unteroffizier Johann Gottlob Bebel, aus Ostrowo in der Provinz Posen stammend, in die Bundesfestung Mainz verlegt worden. Hier lernte er Wilhelmina Johanna Simon aus Wetzlar kennen, die in Mainz als Dienstmädchen arbeitete. 1838 heirateten die beiden in Koblenz, 1840 kam August Bebel in Köln-Deutz zur Welt.

## 26. Die Reichstagswahl 1884 und der erste Wahlerfolg bei Landtagswahlen in Mainz

Es liegt in der Natur der Sache, daß wir so gut wie nichts über die geheimen Zusammenkünfte der Sozialdemokraten wissen. Die hatten kein Interesse, sie an die große Glocke zu hängen, am allerwenigsten sie in den Zeitungen veröffentlicht zu sehen. Wir erfahren nur immer wieder von Haussuchungen, bei denen einige Schriften beschlagnahmt wurden, auf die es die Polizei aber wohl gar nicht abgesehen hatte. Deren Interesse galt vor allem dem »Sozialdemokrat«, der aus der Schweiz auf geheimnisvollen Wegen in die Stadt kam. Da wurde eine Art Räuber-und-Gendarm-Spiel aufgeführt, bei dem der eine den anderen zu übertölpeln versuchte, und zumeist gelang es den Sozialdemokraten, die Behörden zu nasführen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß nicht wenige Sozialdemokraten glaubten, diese Verhältnisse von 1878 im Jahre 1933 wiederherstellen zu können, den Ernst der Lage, die Brutalität dieses Systems und dessen Vernichtungswillen völlig verkennend.

1882 begann eine Protestwelle gegen die beabsichtigte Einführung von Arbeitsbüchern. Petitionen wurden nach Berlin geschickt, keineswegs nur von Arbeitern, sondern auch von Industriellen und Handwerksmeistern, die genau so wenig von diesen Arbeitsbüchern hielten wie die Arbeiter. Dieser Protest verband sich mit der Skepsis gegen die Bismarcksche Sozialpolitik überhaupt. In diesem Zusammenhang sollte eine Volksversammlung am 18. 3. 1883 im »Raimundgarten« stattfinden. Das Thema hieß: »Sozialreform und die im Reichstag vorliegenden Arbeitsgesetze«. Als Referent wurde der Reichstagsab-



August Bebel

geordnete Georg v. Vollmar angekündigt. Aber obwohl diese Veranstaltung frühzeitig angemeldet worden war, wurde sie erst in letzter Stunde verboten. Die Leute waren da, und Georg v. Vollmar kam auch, mit großem Jubel begrüßt. So hatte die Polizei nun statt einer ruhigen Versammlung eine heftige Demonstration.

Im Juni hatten die Sozialdemokraten mehr Glück, oder vielleicht war auch die Polizei schlauer geworden. Vollmar referierte nun im »Goldstein« zu dem schon im März vorgeschenen Thema. Der »Mainzer Anzeiger« schloß seinen ausführlichen Bericht über diese Versammlung: »Im übrigen verlief die Versammlung ruhig, doch dürfte hervorgehoben werden, daß dies die erste sozialdemokratische Versammlung ist, welche seit Einführung des Sozialistengesetzes – außer der Wahlperiode – wieder in Mainz abgehalten worden ist. Die Rede des Herrn v. Vollmar dürfte eigentlich als eine Kandidatenrede zu betrachten sein, denn soviel wir in Erfahrung brachten, gilt derselbe als Kandidat der Sozialdemokraten für die nächste Reichstagswahl.«

Der »Mainzer Anzeiger« war gut unterrichtet. Vollmar wurde tatsächlich der Kandidat der Sozialdemokratie im Wahlkreis Mainz-Oppenheim für die Reichstagswahl 1884.

Aber so weit war es noch nicht. Kommunalwahlen standen im November 1883 ins Haus, und Jöst forderte die Sozialdemokraten auf, sich unter allen Umständen an der Wahl zu beteiligen. Das hatte man vorher anders gehört. Die Erfolge bei der Reichstagswahl hatten die Sozialdemokraten selbstbewußt gemacht, so daß sie nun ihre ablehnende Haltung, sich an Kommunal- und Landtagswahlen zu beteiligen, aufgaben. Sie hielten den anderen Parteien ihr Sündenregister vor, und einige Punkte stellten sie besonders heraus: das Oktroi, das ein Drittel der städtischen Einnahmen bildete, müsse endlich abgeschafft werden und durch direkte Steuern ersetzt werden. Diese Wendung war eigentlich gar nicht so sehr erstaunlich. Früher hatten sich die Sozialdemokraten, wie wir wissen, gescheut, die Abschaffung dieser Steuer zu fordern, aber mittlerweile war die Aversion gegen indirekte Steuern noch stärker geworden, so daß diese Wendung zu erwarten war.

Das Pfandhaus, das einen unverschämten 12% igen Zins fordere, sei viel zu teuer. Es sei nicht zu rechtfertigen, daß die Stadt daraus eine Einnahmequelle von immerhin 20-24 000 Mark mache zu Lasten der ärmsten Leute. Auch die Zuschüsse für das Theaterorchester in Höhe von 80 000 Mark seien zu hoch, der kleine Mann bezahle die Steuern mit, aber der habe nichts davon, viele, die es bezahlen könnten, bedienten sich zudem noch mit Freikarten. Das sei nicht zu rechtfertigen.

Das städtische Bauamt verbrauche für die Verwaltung und Aufsicht rund 10% der Bausumme, für 5% tue es ein Privatmann. Schlimm sei es, wenn der Bürgermeister, ohne von den Stadtverordneten Widerspruch zu erfahren, behaupte, »die moralische Verwilderung der Jugend in den Schulen rühre von

zugezogenen fremden Arbeiterkindern her, diesen Schimpf müsse die Partei bei der Wahl zurückweisen« (»Mainzer Anzeiger« 16.11.1883).

Bei diesen Versammlungen traten Jöst und Leyendecker stets gemeinsam auf. Daß es aber zwischen den beiden nicht zum Besten stand, scheint damals schon jeder gewußt zu haben. Als Leyendecker in einer der Versammlungen auf die Absicht der Demokraten, Fortschrittler und Ultramontanen, mit einer gemeinsamen Liste in die Wahl zu gehen, mit der Bemerkung reagierte »Pack schlägt sich, Pack verträgt sich!«, wehrten sich die anderen Parteien: »Das ist doch derselbe Herr Leyendecker, dem von seinen Gesinnungsgenossen der Vorwurf gemeiner Bubenstreiche gemacht und die Absicht imputiert worden ist, ihn (Jöst) dadurch in der Achtung seiner Parteigenossen zu diskreditieren; derselbe Herr Leyendecker, der wenige Tage darauf gemeinsam mit diesem seinem Anschuldiger und anderen eine Erklärung unterzeichnete, daß man fälschlicherweise von Zerwürfnissen unter ihnen spricht, während sie Schulter an Schulter kämpfen würden.« (»Mainzer Anzeiger« 18.11.1883)

In der Tat, wie wir noch sehen werden, waren die beiden heillos zerstritten, was noch in der Folge zu sehr unerwünschten Ergebnissen führte.

Die Kommunalwahl endete mit einer Enttäuschung. Von der Liste der Sozialdemokraten wurden zwar die Herren Wasserburg und Wolfskehl gewählt, aber eben wohl deshalb, weil sie keine Sozialdemokraten waren und auch auf anderen Vorschlagslisten als hervorragende Mainzer Bürger angeboten wurden. Es ist auch gar nicht zu bestreiten, daß die Sozialdemokraten damals kommunalpolitisch nichts vorzuweisen hatten und ihre Programmpunkte mehr oder weniger zufällig aus dem Gesamtkomplex der Kommunalpolitik herausgeklaut wurden. Ein geschlossenes Konzept war da noch nicht zu erkennen, und den Wählern blieb dieser Mangel natürlich nicht verborgen.

Dabei standen gerade in Mainz in den achtziger Jahren eine Fülle von wesentlichen kommunalpolitischen Entscheidungen an. Die Stadt veränderte ihr Gesicht. Die Stadterweiterung nach dem Gartenfeld und der Neustadt wurde kräftig vorangetrieben, die Eisenbahnlinie wurde von der Rheinfront verlegt auf die Trasse, auf der sie sich heute noch befindet, der Hauptbahnhof wurde gebaut, die Stadthalle wurde an der Stelle gebaut, an der sich heute Rheingoldhalle und Hiltonhotel befinden, die Schiffsbrücke wurde durch eine feste Brücke ersetzt, heute die Theodor-Heuß-Brücke, die ersten Straßenbahnlinien wurden, noch mit Dampfstraßenbahnen, geplant und eingeweiht, das elektrische Licht kam in die Stadt, und die ersten Telephonleitungen wurden verlegt, der Zollhafen wurde gebaut. All dies innerhalb weniger Jahre, aber nur am Rande befaßte sich die Mainzer Sozialdemokratie mit diesen wichtigen Fragen der Stadtentwicklung.

Im Mai 1884 gründeten die Sozialdemokraten in Mainz einen Verein mit dem umständlichen Namen »Mainzer Wahlverein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen«, der auch erstaunlicherweise vorerst von den Behörden geduldet wurde. Dessen erste Versammlung fand Ende Mai im Lokal Porsberger in der Greben-

straße statt, und der Schreiner Schäfer stellte die Forderungen vor, die vom allgemeinen Wahlrecht ab dem 20. Lebensjahr bis zur Abschaffung aller indirekten Steuern im wesentlichen den Forderungen des Gothaer Programms entsprachen. Leyendecker setzte noch eins drauf und forderte die direkte Gesetzgebung durch das Volk nach dem Vorbild der Schweiz.

Die Sozialdemokraten bereiteten sich auf die im Oktober stattfindenden Reichstagswahlen vor. Wie schon erwähnt, stellten sie im Wahlkreis Mainz-Oppenheim Georg von Vollmar als Kandidaten auf, wieder ein Mann der ersten Garnitur sozialdemokratischer Führer, der nun aber auch hoch und heilig versprechen mußte, daß er das Mandat auch annimmt, wenn er es bekommt.

In dem für die Sozialdemokraten aussichtslosen Wahlkreis Bingen-Alzey kandidierte Josef Leyendecker, der in einer Wahlversammlung am 12. Oktober in Wörrstadt vor 700-800 Personen, von denen sicherlich viele aus Mainz kamen, sein Programm entwickelte.

Im Wahlkreis Worms-Heppenheim-Wimpfen, der für die Sozialdemokraten ebensowenig zu gewinnen war, wurde mit Philipp Müller aus Darmstadt zum erstenmal ein sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt.

Aber vor den Reichstagswahlen lagen noch die Landtagswahlen im Sommer 1884, und bei diesen Wahlen, sie waren im Gegensatz zu den Reichstagswahlen weder direkt noch allgemein noch gleich, am 24.7.1884 gab es ein erstaunliches Ergebnis:

827 Stimmen wurden für die Wahlmännerliste der katholischen Volkspartei abgegeben, 822 für die der Sozialdemokraten; die Nationalliberalen und die Demokraten spielten keine Rolle.

Mit 5 Stimmen Unterschied gewannen die Ultramontanen, die eigentlichen Wahlsieger waren die Sozialdemokraten. Sie sollten sogar nachträglich die wirklichen Wahlsieger werden.

Wenige Tage nach der Bekanntgabe des offiziellen Ergebnisses legten die Sozialdemokraten Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl bei der Bürgermeisterei und dem Kreisamt ein. In der Beschwerdeschrift werden 17 Wähler benannt, die abgestimmt hatten, ohne hessische Staatsbürger zu sein. Bei dem Unterschied von nur 5 Stimmen im Ergebnis waren diese 17 aber von wahlentscheidender Bedeutung. Allerdings waren weder die Bürgermeisterei noch das Kreisamt zuständig, über diesen Einspruch zu befinden. Das konnte nur der Landtag selbst. Die Sozialdemokraten mußten sich also in Geduld fassen und abwarten, bis der Landtag sich konstituiert und dann über die Wahlbeschwerde befunden hatte. Die Landtagswahl in Mainz wurde so zur Hängepartie.

Indessen standen die Reichstagswahlen an. Mit anderen Wahlflugblättern und einer großen Volksversammlung warben die Sozialdemokraten in Mainz und Umgebung. Vor allem die Anfang Oktober in die neue Stadthalle einberufene Wählerversammlung wurde zu einem großen Erfolg.



Stadthalle in Mainz

Rund 4 000 Personen waren da und wollten Liebknecht hören, der über zwei Stunden sprach. Es gehe darum, so meinte er, ob Bismarck herrsche oder das Volk, das Volk mache den Staat aus, und ohne ein selbstbewußtes Volk sei gar nichts auszurichten. Auch die soziale Frage sei nur durch eine demokratische Regierung zu lösen, und dabei habe jeder mitzuhelfen.

Liebknechts Ansehen in Mainz war ungebrochen, und seine Rede hinterließ einen tiefen Eindruck. Georg von Vollmar griff mit einer Rede am Samstag vor der Wahl erst in den Wahlkampf ein.

Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 28.10.1884:

Stimmberechtigte	25 942
abg. Stimmen	15 553
Phillips	1 781
Görz	2 646
Racke	4 628
v. Vollmar	6 492

Allein 4 370 Stimmen erhielt v. Vollmar aus der Stadt und hatte damit die absolute Stimmenmehrheit in Mainz erreicht, aber leider nicht im gesamten Wahlkreis. Nun mußte die Stichwahl entscheiden, die auf den 6.11. festgesetzt wurde.



Georg v. Vollmar

Der »Mainzer Anzeiger« kommentierte dieses Ergebnis am 1.11.: *»Der hervorragendste Zug des diesmaligen Wahlergebnisses ist das außergewöhnliche Anwachsen des sozialdemokratischen Elements, eine Tatsache, die laut genug gegen die Politik der letzten Jahre und namentlich gegen den Nutzen des Sozialistengesetzes spricht und die den maßgebenden Stellen zu denken geben wird.«*

Im Wahlkreis Bingen-Alzey mußte Bamberger in die Stichwahl gegen seinen nationalliberalen Konkurrenten Schauß. Leyendecker bekam dort insgesamt rund 600 Stimmen, immerhin 11 davon aus Bingen und 19 aus Alzey.

Im Wahlkreis Worms-Heppenheim-Wimpfen gewann wieder eindeutig der nationalliberale Prof. Marquardsen schon im ersten Wahlgang. Der dort für die Sozialdemokraten kandidierende Philipp Müller aus Darmstadt erreichte 205 Stimmen. Dieser Müller kandidierte übrigens auch in Darmstadt, wo er immerhin in die Stichwahl kam, dann aber verlor.

Diese Wahlen zeigen eindeutig, daß der Schwerpunkt der Sozialdemokratie in Rheinhessen nach wie vor in Mainz lag. Die Stadt allein brachte wesentlich mehr sozialdemokratische Stimmen auf als das ganze übrige Rheinhessen zusammen. Der Wahlkreis Mainz-Oppenheim stellte mehr als ein Drittel aller Stimmen, die die Sozialdemokratie im Großherzogtum Hessen aufbrachte.

Nun mußte im Wahlkreis Mainz-Oppenheim die Stichwahl entscheiden. Am 5.11. meldete sich der sozialistische Wahlausschuß mit dem Inserat zu Wort: *»An die Wähler des Wahlkreises Mainz-Oppenheim!*

*Bei der demnächst stattfindenden Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten v. Vollmar und Racke bleibt für jeden aufgeklärten und wirklich freisinnigen Wähler nur eine Möglichkeit: er wird seine Stimme nimmermehr einem reaktionären und unduldsamen Ultramontanen geben, sondern wählt v. Vollmar.«*

Und einen Tag später wendete sich v. Vollmar selbst an die Wähler: *»Verschiedene an mich ergangene Anfragen zeigen, daß man von seiten der ultramontanen Partei – wohl in Ermangelung besserer, sachlicher Kampfmittel – fortfährt, in der Wählerschaft Zweifel über die Annahme meiner Wahl zu verbreiten. Ich füge deshalb der gestrigen Veröffentlichung des sozialistischen Wahlausschusses auch meinerseits die Erklärung hinzu, daß, wenn der Wahlkreis Mainz-Oppenheim mich morgen zu seinem Vertreter in den Reichstag wählt, ich diese Wahl selbstverständlich mit Dank annehmen werde.«*

Die Vorgänge um die Wahl 1881 spielten offensichtlich noch eine große Rolle und hatten fatale Fernwirkung. Mit einer Mehrheit von ganzen 94 Stimmen gewann Nicola Racke den Wahlkreis. Er erhielt 7 974 Stimmen, Georg v. Vollmar 7 880.

v. Vollmar befand sich am Wahlabend im Lokal »Zur Ludwigsbahn«, wo sich die Sozialdemokraten trafen, um die einlaufenden Ergebnisse entgegen-

zunehmen. Je mehr Ergebnisse aus den Landgemeinden eintrafen, um so stärker schmolz der Vorsprung dahin, den die Stadt herausgeholt hatte. Am Ende waren die Sozialdemokraten wieder knapp geschlagen.

Zurück nun zu den Landtagswahlen. Der Landtag hielt den Einspruch der Mainzer Sozialdemokraten für begründet, erklärte das Mainzer Landtagswahlergebnis für ungültig und bestimmte, daß neu gewählt werden müsse.

Jöst und Leyendecker sprachen darüber am 12. Februar 1885 in den »Drei Löwen«, am 3. März fand eine von 2 000 Personen besuchte Versammlung in der Stadthalle statt, auf der außer Jöst und Leyendecker, der in Mainz wohlbekannte Reichstagsabgeordnete Blos und der Buchdruckereibesitzer Carl Ulrich aus Offenbach sprachen. Franz Jöst und Karl Ulrich wurden als die beiden Landtagskandidaten proklamiert. Das »Mainzer Tagblatt« meint: *»Über die Aufstellung des letzteren, als eines mit den Mainzer Verhältnissen wenig vertrauten Mannes, soll man sich, wie uns berichtet wird, selbst in Arbeiterkreisen mißbilligend geäußert haben.«* (»Mainzer Tagblatt« 4.3.1885). In der Tat ist die Aufstellung von Ulrich schon befremdlich, denn bei der vorausgegangenen inzwischen für ungültig erklärten Wahl war neben Jöst noch der Schreiner Schäfer Kandidat. Gleichviel, die Sozialdemokraten gewannen diese Wiederholungswahl deutlich bei allerdings schwacher Wahlbeteiligung. Von den 7 712 Wahlberechtigten gaben nur 3 084 die Stimme ab. Die Sozialdemokraten erhielten 1 241 Stimmen, die katholische Volkspartei 1 069 und die Nationalliberalen 753.

Am 21. März 1885 wurden Jöst und Ulrich von den Wahlmännern gewählt, die ersten Sozialdemokraten zogen in den hessischen Landtag ein, ja, es waren die ersten beiden Sozialdemokraten überhaupt in einem deutschen Landtag. Ein Tag des Triumphes für die Mainzer Sozialdemokratie.

Aber unserer Aufmerksamkeit kann die nur schwache Wahlbeteiligung von knapp 40% nicht entgehen. Aus der damaligen Zeit, nicht von dieser Wahl, stammt die damals richtige, heute irrige Auffassung, daß schwache Wahlbeteiligungen die Sozialdemokratie begünstigten, weil die in der Lage sei, ihre disziplinierte Wählerschaft zu mobilisieren und an die Wahlurne zu bringen, was den anderen Parteien keineswegs auch nur annähernd gelänge.



Franz Jöst

## 27. Der Streit zwischen Jöst und Leyendecker und die Reichstagswahl 1887

Das Hochgefühl, mit dem die Sozialdemokraten aus dieser Landtagswahl hervorgingen, wurde sehr getrübt durch die immer stärker hervortretende Rivalität zwischen Jöst und Leyendecker, die schon seit dem Anfang der achtziger Jahre sich entwickelte, je mehr der jüngere Jöst dem altgedienten Leyendecker das Feld streitig machte. Jetzt führte diese Kontroverse zum Eklat. Es sind keine politisch-sachlichen Differenzen zu erkennen, die diese Gegnerschaft erklären könnten, vielmehr scheint Leyendecker, keineswegs nur eine erfreuliche Figur, den Erfolg und die wachsende Beliebtheit des Jüngeren nicht ertragen zu haben. Daß Leyendecker mit seinen Zänkereien die Partei früher schon in Schwierigkeiten gebracht hat, haben wir erfahren, als eine hochkarätig besetzte Schiedskommission den Streit zwischen Hirsch, Zirfaß und Leyendecker aufzuklären und zu schlichten versuchte. Jetzt wurde es aber noch ernster.

Zunächst einmal verwickelte sich Leyendecker in die unerfreuliche Frankfurter Friedhofsaffäre.

Begräbnisse von Sozialdemokraten wurden von der Polizei mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht, wurden sie doch oft zu Demonstrationen sozialdemokratischer Zusammengehörigkeit. Aber gewöhnlich beließen es die Sozialdemo-



Frankfurter Friedhofsaffäre

kraten dabei, diese Zusammengehörigkeit still zu zeigen und vermieden Kraftproben mit der Polizei. Als nun in Frankfurt am 22.7.1885 der Ziseleur Hugo Hiller zu Grabe getragen wurde, waren nicht nur 200-300 Angehörige und Freunde bei dem Begräbnis, sondern auch der Polizeikommissär Meyer mit mehr als 30 Schutzleuten. Während sich der Vertreter der Frankfurter Sozialdemokraten damit begnügte, einen Kranz am Grabe niederzulegen und seine Worte des Gedenkens sofort abbrach, als er vom Kommissär dazu aufgefordert wurde, begann Leyendecker mit lauter Stimme von einem nahegelegenen Hügel aus seine Rede zu halten, in der er im Namen der Mainzer Sozialdemokraten das Leben des Verstorbenen pries und seine Leiden für die Freiheit verherrlichte und ließ sich auch durch den Einspruch des Kommissärs nicht aufhalten. Der ließ nun die Polizisten mit gezogenem Säbel auf die Menge los, um sie auseinanderzutreiben. Dabei wurden völlig Unbeteiligte verletzt. Das Vorgehen der Polizei war nicht zu entschuldigen, und die Affäre beschäftigte sogar den Reichstag. Aber die Frankfurter Sozialdemokraten waren gar nicht begeistert von dieser Art Unterstützung aus Mainz.

Einige Polizisten samt dem Kommissär wurden wegen ihres Vorgehens bestraft, aber Leyendecker wurde ebenfalls für 4 Wochen eingebuchtet und saß seine Strafe in Osthofen ab. Leyendecker erreichte das Gegenteil von dem, was ihm wohl vorschwebte, solche Alleingänge, die der Partei nur schaden konnten, erhöhten seine Beliebtheit nicht.

Als aber Leyendecker Jöst persönlich öffentlich angriff, kam es zur Spaltung. Eine Gruppe um Leyendecker gründete die »Opposition der Arbeiterpartei«, was prompt zu deren Ausschluß aus der Partei führte. Leyendecker starb am 9. Januar 1894 verarmt, verbittert und fast vergessen, 55jährig.

Die gereizte Stimmung kochte sich zur Siedehitze noch bei den Kommunalwahlen Ende 1886.

Das sozialistische Wahlkomitee hatte zu einer Volksversammlung in die Stadthalle eingeladen. Jöst sprach dort, hielt der Stadtverwaltung im wesentlichen die uns schon bekannten Vorwürfe entgegen. Er warb dafür, nun endlich auch Arbeiter in die Stadtverordnetenversammlung zu wählen. Was die vermögen, habe schließlich am deutlichsten Bebel als Reichstagsabgeordneter bewiesen, der zu dessen besten Rednern gehöre. Dabei ertönten viele Bravos durch die Stadthalle, die dem überwachenden Polizeikommissär Schüler so sehr mißfielen, daß er kurzerhand die Versammlung auflöste. Soweit haben wir einen fast schon normalen Verlauf einer sozialdemokratischen Versammlung zu jener Zeit. Das »Mainzer Tagblatt« indessen berichtet: »Von verschiedenen anderen Seiten wird uns berichtet, daß die polizeiliche Auflösung der Versammlung den Einberufern sehr gelegen gekommen sei, und zwar insofern, als sehr viele Nichtsozialdemokraten erschienen waren, in der sicheren Erwartung, daß es zu einem Intermezzo mit der von der Partei Jöst abgetrennten Richtung Leyendecker kommen werden. Der Hauptvertreter derselben war in der Versammlung



*anwesend und dürfte sich wohl auch zu Wort gemeldet haben, wenn ihm nicht durch die Auflösung der Versammlung das Wort abgeschnitten worden wäre.«*

Das erwartete Spektakel blieb aus. Dafür ereignete es sich wenige Tage später. Diesmal hatte die »Opposition der Arbeiterpartei« eingeladen. Natürlich sollte es ebenfalls um die Stadtverordnetenwahlen gehen. Und da kamen eine ganze Menge Leute, aber die Versammlung mußte kurz nach ihrer Eröffnung wieder geschlossen werden. »Diesmal besorgten aber die Sozialisten und nicht die Polizei die Auflösung.« (»Mainzer Tagblatt« 14.11.1886)

Die in der Stadthalle Versammelten ließen Leyendecker einfach nicht zu Wort kommen. Das war nun nicht gerade die feine Methode, sich mit einem Gegner auseinanderzusetzen, aber in ihr kommt die ganze Erbitterung wohl der überwältigenden Mehrheit der Sozialdemokraten zum Ausdruck, die das Vorgehen Leyendeckers mißbilligten. Die Versammlung stand eindeutig auf der Seite von Jöst. Das ändert freilich nichts an der Tatsache, daß dieser unsinnige persönliche Streit unter den Sozialdemokraten eine Schwächung ihrer Position war.

Bei der Kommunalwahl konnte sich die Liste der Sozialdemokraten, an deren Spitze Jöst stand, und auf der wir auch den uns schon bekannten Paul Stumpf wiederfinden, nicht durchsetzen. Gewählt wurden für die 15 freigewordenen Sitze nur Männer von der Liste der vereinigten Parteien oder von der Liste der unabhängigen Bürger.

Nach der Wahl meldete sich Franz Jöst zu Wort:

*»Öffentliche Erklärung:*

*Gelegentlich der letzten Stadtratswahlen erschien eine Schmähschrift, die von den beiden aus der Partei ausgeschlossenen Herren Kirste und Leyendecker namens der Opposition der Arbeiterpartei unterzeichnet war. Dieses Pamphlet, das neben groben Lügen und Verleumdungen gegen das sozialistische Wahlkomitee auch gegen meine Person die Pfeile der Verleumdung richtet; hat den unschätzbaren Vorzug, die Verfasser ohne Maske zu zeigen und dadurch unzweifelhaft ihre Ausschließung aus der Gesamtpartei Deutschlands zu bewirken.*

*Am Schluß fragten die genannten Herren, ob die 7 000 Mark, mit denen ich und Grünewald die Reise nach Amerika unternommen hätten, von den Jesuiten, Nationalliberalen oder aus dem Reptilienfonds geflossen seien. Ich selbst hätte es nicht der Mühe wert gehalten, auf eine solche Unterstellung zu antworten, indem tatsächlich alle Kreise der Bevölkerung eine solche Kampfweise verurteilt haben und als Lüge und Verleumdung betrachten. Niemand ist nach meinem Dafürhalten so dumm, um einem solchen Geschreibsel Glauben beizumessen, wie ich auch niemanden für so schlecht halte, derartige widersinnige, aller Vernunft Hohn sprechende Behauptung gegen mich auszubeuten. Allein der Wunsch meiner Freunde und das gewissenlose Benehmen einiger Zeitungsreporter veranlassen mich, diese Erklärung abzugeben, wie auch eine*

*kurze Darstellung der Ursachen des Zerwürfnisses nunmehr am Platze sein dürfte.*

*Der Kampf der Parteigenossen gegen Herrn Leyendecker, der trotz aller Antipathien, die er in allen Kreisen wachzurufen wußte, nicht für gut fand zurückzutreten, währt nunmehr bereits fünf Jahre, 1882 tagte dieserhalb ein Schiedsgericht hier, welches aus den Herren Liebknecht, Hasenclever, Grillenberger und Kräcker bestand und dessen Urteilspruch sehr zu Ungunsten Leyendeckers ausfiel, wie die Publikation desselben unzweifelhaft beweisen wird. Dies alles spielte zu einer Zeit, wo ich in Amerika war, was der beste Beweis ist, daß es nicht ein persönlicher Streit ist, wie man vielleicht glauben machen will, sondern ein Kampf der Genossen gegen Leyendecker. Von dem Augenblicke an als bekannt wurde, daß ich aus Amerika zurückkehre, wurde auch ich unter der Devise: „Verleumde kühn, etwas bleibt immer hängen“ in den Kot gezogen, mit der ausgesprochenen Absicht, mich unmöglich zu machen, damit andere Leute bei irgen deiner Agitation unentbehrlich seien. Kurz vor der letzten Stadtratswahl vor drei Jahren gelang es Liebknecht, den immer noch tobenden Streit beizulegen und hat damals, wie mehr als 40 Genossen die zugegen waren, beweisen können, Leyendecker eine geradezu erbarmungswürdige Rolle gespielt, wie auch Liebknecht heute noch gerne bezeugen wird; weiß denn Leyendecker nicht mehr, wie er leugnete, das Gerücht, ich sei von den Jesuiten nach Amerika gesandt, verbreitet zu haben, und wie er, in die Enge getrieben, zur allgemeinen Belustigung sich auf seinen Bruder in Amerika berief, der Tausende von Meilen von Ecuador entfernt ist, bei welcher Gelegenheit die geographische Wissenschaft des Herrn Leyendecker ebenso Schiffbruch erlitt wie seine orthographischen Kenntnisse in der Einladung an die Herren Stadträte, die im Mainzer Journal veröffentlicht wurde. Genug, Leyendecker weiß so gut als ich selbst, daß ich laut durch Herrn Rechtsanwalt Lippert dahier abgeschlossenen Vertrag, mich mit Herrn Grünewald nebst einem dritten und später noch einem vierten Teilhaber gegen festen Gehalt und einen Teil des Reingewinns an einem Unternehmen in Guayaquil beteiligt, das rein geschäftlicher Natur war und bei dem politische Stellung der Teilnehmer absolut nicht in Frage kommt. Derselbe Herr Leyendecker, der heute anfragt, woher die 7 000 Mark gewesen seien, um der Unterstellung Raum zu geben, ich sei damals gekaufter Agent einer der meinigen feindlichen Partei gereist, derselbe Herr Leyendecker, welcher ganz genau wußte, wie nur rein geschäftliche Beziehungen mich mit Herrn Grünewald und den übrigen Liebknechts des Unternehmens verbanden, erklärt vor drei Jahren im Beisein Liebknechts in der Wirtschaft von Petry in Bezug auf das in Rede stehende Gerücht: „Ich glaube selbst nicht an den Unsinn, habe es auch nicht gesagt, es kommt von anderen usw.“*

*Die Schlußfolgerung, welche diese Tatsachen auf die Loyalität der Charakteranlage Herrn Leyendeckers gestatten, dürften ihm selbst kaum schmeichelhaft*



*sein. Daß mit diesem jüngsten Versuche die Leyendeckerschen Angriffe auf meine Unbescholtenheit ihr Ende erreicht haben werden, wage ich kaum zu hoffen, sicher aber ist, daß weite Kreise der Gesellschaft von Ober-Olm bis Crimmitschau der Ansicht sind, Herr Leyendecker täte besser, sich ausschließlich der Regelung seiner eigenen geschäftlichen Anliegen zu widmen, als eine überflüssige Neugier nach denen anderer zu verraten.*

*Da ich nun einmal gegen meinen Willen zum Erklären gedrängt bin, so will ich nicht versäumen, auch für die nicht zu leugnende numerische Schwäche der sog. Opposition der Arbeiterpartei Erklärung zu geben. Ein Mitglied dieser ehrenfesten Opposition brannte mit Unterschlagung von 400 Rubeln nach Amerika durch, ein anderer verduftete nach Beschwindelung der Fachvereine, ein dritter vergaß bei seiner beschleunigten Abreise seine Schulden zu decken, wieder andere halten sich zu öffentlichen Auftritten minder geeignet, da sie nicht nur wegen politischer, sondern, wie vielen Genossen bekannt, wegen anderer ehrenrühriger Delikte mit dem Strafrichter in unliebsame Berührung gekommen sind. Ich will hiermit keinem der jetzigen Anhänger der „Opposition“ zu nahe treten, es wird mir aber auch niemand leugnen wollen, daß die oben bezeichneten Ehrenmänner der sog. „Opposition“ angehört haben, und das große Publikum wird begreifen, warum ich und meine Genossen eine Säuberung der Partei für notwendig gehalten haben.*

Mainz, 20. November 1886

Franz Jöst«

(Mainzer Anzeiger 21. 11. 1886)

Man kann nun wirklich nicht behaupten, die Genossen von damals seien zimperlich miteinander umgegangen. Das waren harte und deutliche, aber offensichtlich notwendige Worte, die eine Klärung herbeigeführt haben. Sie geben einen überraschenden Einblick in die Innereien der Mainzer Sozialdemokratie zu jener Zeit. Und ein wenig später sollte bei dem sog. Geheimbundsprozeß noch einmal das ganze Gekröse sichtbar werden.

Jöst hatte zwar das Vertrauen fast der gesamten Partei in Mainz und der Parteiführung, Liebknecht und Bebel, aber ein solcher öffentlich ausgetragener schmutziger Streit mußte sich nachteilig auf die Wählerschaft auswirken, wie die Partei Gelegenheit hatte, sehr bald festzustellen.

Denn wenige Wochen später, die Gemüter hatten sich in Mainz noch gar nicht beruhigt, am 14. Januar 1887, wurde der Reichstag wegen des Scheiterns einer Militärvorlage aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben auf den 21. Februar, ausgerechnet den Rosenmontag! Das war nun für Mainz der ungünstigste Wahltermin, der sich denken läßt. Aber die Partei reagierte sehr schnell und wählte 10 Tage nach der Auflösung in Gonsenheim Franz Jöst zum Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim. Ein höherer Vertrauensbeweis der Partei konnte ihm nach dem ganzen unerfreulichen Hickhack gar nicht mehr gegeben werden.

Schon am 31. Januar kam wieder Wilhelm Liebknecht nach Mainz und sprach auf einer großen Volksversammlung in der Stadthalle. Er setzte sich rückhaltlos für »seinen Freund Franz Jöst« ein und wandte sich sogar einen Tag vor der Wahl mit einer Anzeige an die Wähler des Wahlkreises Mainz-Oppenheim: »Die bekannten paar Herren, welche unter der Firma „die Opposition“ Spannung in unsere Partei zu bringen bestrebt sind, haben in einem „Eingesandt“ der Nr. 43 des Neuesten Anzeigers die Stirn, mich in ihren Schmutz-Krakehl hineinziehen zu wollen. Den nicht eingeweihten Wählern von Mainz habe ich zu erklären, daß die betreffenden Herren in frivoler Weise aus rein persönlichen Gründen der niedrigsten Sorte brave Parteigenossen verleumdet und sich durch ihr Benehmen außerhalb der Partei gestellt haben.

Wenn es jenen Herren mit ihren Beschuldigungen und mit unserer Sache ernst gewesen, so hätten sie sich an ein Schieds- oder Ehrengericht wenden müssen, das ihnen nicht verweigert werden konnte. Statt dies zu tun, suchten sie gegen die eigenen Parteigenossen die Hilfe der Feinde und haben dadurch sich selbst gerichtet.

Es würde ein Beleidigung für meinen Freund Jöst sein, wollte ich ihn hier verteidigen. Die Parteigenossen werden an der Wahlurne ihm ihr Vertrauen und den Verrätern ihre Verachtung zeigen.

Dieburg, 20.2.1887

Wilhelm Liebknecht«

(»Mainzer Anzeiger« 22.2.1887)

Kurz zuvor hatte sich das sozialistische Wahlkomitee an die Wähler gewandt:

*»An die Bevölkerung des Wahlkreises Mainz-Oppenheim!  
Nur noch wenige Tage trennen uns vom entscheidenden Wahltag. Niemals arbeitete die offiziöse Lügenpresse mit größerem Nachdruck als in den vergangenen Tagen; niemals stand aber auch mehr auf dem Spiel als im gegenwärtigen Augenblick. Jetzt oder nie ist die Losung des Kanzlers, gilt es die Macht des geringen Maßes politischer Freiheiten zu brechen, die dem deutschen Volk vergönnt sind. Allen Parteien ist es immerwährend vergönnt, durch ihre Presse, ihre Vereine, durch Versammlungen Propaganda für die Verbreitung ihrer Ideen zu machen. Die sozialistische Partei, die des arbeitenden Volkes, ist ausgenommen.*

*Mundtot gemacht durch die Knebelung oder vielmehr Vernichtung ihrer Presse, behindert in jeder über die Wahlperiode hinausragenden Agitation und Organisation, ist es uns nur unmittelbar vor den Wahlen gestattet, zu Euch zu reden. Die Intoleranz unserer Gegner hat uns auch hier vielfach den Weg verlegt. In großen und volkreichen Gemeinden des Wahlkreises wie Kastel und Weisenau wurden uns Lokale zur Abhaltung von Wahlversammlungen verweigert, in Mainz selbst ist die Abhaltung einer zweiten größeren Volksversammlung durch die infolge der Einkerkung zahlreicher Führer der Partei veranlaßte*

*übergroße Anstrengung unseres Kandidaten bei der Agitation auf dem Lande vor der Stichwahl unmöglich gemacht.*

*Das alles hindert eine aufgeklärte Bevölkerung unseres Wahlkreises nicht, am 21. Februar in entschiedener Weise Stellung zu nehmen. Daß die demokratische Bevölkerung von Mainz einen Beamten nicht wählt, davon sind wir überzeugt, aber auch für das Zentrum, obgleich es augenblicklich wieder oppositionelle Anwendungen hat, könnt Ihr nicht stimmen, denn diese Partei hat sich durch ihre häufigen Kompromisse, wir erinnern nur an das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, so kompromittiert, daß sie einen Anspruch auf den demokratischen Namen nicht mehr erheben kann. Gleichwohl haben sich die demokratische und freisinnige Partei nicht enthalten können, selbst in diesem ersten Moment Handelsgeschäfte zu betreiben und ihre Wähler aufgefordert, bereits im ersten Wahlgang für das Zentrum zu stimmen. Einen wahrhaft freisinnigen Mann wird das nicht beirren.*

*Wer da will, daß die unerschwinglichen Lasten des Volkes nicht vermehrt sondern vermindert, daß die bescheidenen konstitutionellen Rechte nicht weiter beschnitten, daß alle Ausnahmegesetze, gegen wen auch immer sie gerichtet seien, aufgehoben werden, dem bleibt nichts übrig, als seine Stimme am nächsten Montag für den Kandidaten der entschiedenen Opposition, für Herrn Franz Jöst, den Kandidaten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in die Waagschale zu werfen.«*

Aber alle Anstrengungen brachten nicht das gewünschte Ergebnis. Die Wahl ging deutlich verloren, die sozialistische Arbeiterpartei büßte gegenüber der Wahl vom 6. 11. 84 mehr als 2 000 Stimmen im Wahlkreis Mainz-Oppenheim ein.

Wahlergebnis vom 21. 2. 1887

Wahlberechtigte	26 548
abg. Stimmen	20 691
Jöst (Soz.)	5 526
Racke (Z.)	8 112
Küchler(nat.-lib.)	7 027

Jöst kam also noch nicht einmal in die Stichwahl, und das war, gemessen an den Ergebnissen von 1881 und 1884, eine herbe Enttäuschung. Zwar blieb die sozialistische Arbeiterpartei in der Stadt Mainz knapp die stärkste politische Kraft, aber der Vorsprung war viel zu gering, als daß er nicht leicht von den Ergebnissen auf dem Land aufgesogen werden konnte.

Jöst bekam aus der Stadt 3565 Stimmen, aus dem Landkreis Mainz 1869, fast ausschließlich von den Gemeinden um Mainz herum; aus dem Landkreis Oppenheim kamen ganze 92 Stimmen.

Für die Stichwahl am 2. 3. beschlossen die Sozialdemokraten zwar offiziell Wahlenthaltung, tatsächlich dürften ihre Stimmen jedoch zugunsten von Racke entschieden haben. Der bekam nun 10 879 Stimmen, Küchler 9 678.

Im Wahlkreis Bingen-Alzey wurde Bamberger wieder im ersten Wahlgang gewählt. Er bekam 11 075 Stimmen, sein nationalliberaler Gegenkandidat Major v. Heyl 8 129. Bebel, der dort wieder als Zählkandidat aufgestellt war, kam auf stolze 147 Stimmen.

Im Wahlkreis Worms-Heppenheim-Wimpfen blieb der nationalliberale Professor Marquardsen unangefochten. Ein Sozialdemokrat scheint nicht kandidiert zu haben.

Diese Rosenmontagswahlen standen unter einem ungeheuren patriotischen Druck. Die Auflösung des Reichstags war erfolgt, weil der angeblich dem Deutschen Reich seine Wehrhaftigkeit nicht gewährleisten wollte. Liebknecht war in seiner Wahlrede in der Stadthalle ausführlich auf diesen Vorwurf eingegangen. Wir folgen dem Bericht des »Mainzer Anzeigers« vom 2. 2. 1887: »Herr Liebknecht . . . faßte . . . zunächst die Gesichtspunkte zusammen, unter denen das Verhalten der Regierung geradezu unbegreiflich erscheint, wenn man nicht annehmen wolle, daß die Gründe der Auflösung ganz woanders lagen. Redner führt aus, die Sprache der Offiziösen sei augenblicklich eine fortgesetzte Lüge. Lüge sei es, daß der Reichstag die Wehrhaftigmachung des Landes verhindert habe. Obwohl es nicht gelungen sei, die Notwendigkeit der Verstärkung der Armee mit militärischen Gründen zu belegen, so habe die Volksvertretung doch die geforderten Verstärkungen aus taktischen Gründen für die Dauer von drei Jahren bewilligt.« Gerade da aber lag der Konflikt. Die Regierung wollte die Bewilligung auf sieben Jahre haben. Es ging also um das sog. Triennat oder das Septennat: »Mit der dünnen und prinzipiell verkröpften Halbeit: Triennat oder Septennat ließen sich große Wählermassen kaum auf die Beine bringen. Bismarck fand einen viel zugkräftigeren Trumpf in der Wahlparole: Krieg oder Frieden! Während der ganze polizeiliche Apparat aufgeboten wurde, um die Wahlagitation der oppositionellen Parteien lahmzulegen, arbeitete der ganze Apparat der offiziellen und offiziösen Preßmache daran, bis in die entlegenste Hütte des Reichs die Lüge zu verbreiten, daß dem Sieg der Oppositionsparteien eine französische Kriegserklärung an das nunmehr entwaffnete Deutschland auf dem Fuße folgen würde.« (Franz Mehring, Geschichte der Sozialdemokratie, S. 639)

Liebknecht bezeichnete in seiner Mainzer Rede alle diese Kriegsgerüchte als Lüge, aber der Spießbürger war tief beunruhigt. Welcher Gruppendruck gerade in den Landgemeinden ausgeübt wurde, zeigt uns sein Bericht aus Albig. »Ein bewegtes Leben herrschte am gestrigen Entscheidungstage in den Straßen unseres Ortes. Von echt patriotischem Gefühl beseelt schritten die Wähler scharenweise zur Wahlurne. Überall erschollen Hochrufe auf unseren Heldenkaiser und unseren Kandidaten Herrn v. Heyl. Der Kriegerverein zog in geschlossenen Reihen mit klingendem Spiel zum Gemeindehause, um unserem nationalliberalen Kandidaten seine Stimme zu geben. Auch der Gesangverein, voran die Vereinsfahne, zog in geschlossener Kolonne unter Absingen patrio-

tischer Lieder zur Wahlurne. Es war ein imposanter Zug, und die Begeisterung am gestrigen Tage eine solche, wie sie seit den glorreichen Siegen von 1870/71 hier nicht gesehen wurde. Das Resultat der Wahl ist folgendes: Herr Major v. Heyl erhielt 217, Herr Bamberger 27 Stimmen.«

Auch wenn wir bedenken, daß dieser Bericht im nationalliberalen »Mainzer Tagblatt« vom 22.2.1887 (das »Tagblatt« ist übrigens seit 15.12.1885 mit der »Mainzer Zeitung« fusioniert) steht, braucht man Übertreibungen nicht zu unterstellen. So ging es in vielen Dörfern zu. Und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier schon Verhaltensmuster eingeübt wurden, die sich später die Nazis zunutze machen konnten, das gedemütigte nationale Gefühl brauchte seine rituellen Darstellungsformen.

Unabhängig davon, ob man eine solche Vermutung als Überinterpretation anzusehen gewillt ist oder nicht, die emotional aufgeladene Atmosphäre, die geschürte Angst vor dem Erzfeind im Westen, der angeblich zum Kriege rüstete, die Furcht um den schönen deutschen Rhein, führte zum Erfolg. Die Faschingswahlen brachten den Kartellparteien (Konservative und Nationalliberale) zusätzliche Sitze – aber sie waren auch ein Mißerfolg, denn die Oppositionsparteien hatten mehr Stimmen bekommen. Die Partei, die die schärfste Kritik artikuliert, die Sozialdemokratie, gewann Stimmen hinzu, verlor aber Parlamentssitze, was bei einem reinen Mehrheitswahlssystem nicht ungewöhnlich ist.

Dieser Stimmengewinn fand allerdings nicht in Hessen statt, dort verlor die Partei sogar leicht, was vor allem auf das schwache Abschneiden der Mainzer Sozialdemokraten zurückzuführen ist. Aber damit wären wir wieder bei den hausgemachten Schwierigkeiten der Mainzer Sozialdemokraten, die für das schwache Abschneiden in Mainz und in Rheinhessen verantwortlich gemacht werden müssen, zumal überall sonst hinzugewonnen wurde. Die örtlichen Verhältnisse und der schlechte Zustand der örtlichen Partei haben gewiß zu dem schlechten Ergebnis beigetragen.

## 28. Der »Geheimbundsprozeß« von 1887

Ausgerechnet der uns schon aus der Anfangszeit der Sozialdemokratie bekannte Peter Böll tauchte nun wieder aus der Versenkung auf. Er schlug während des Wahlkampfes ein Plakat an, mit dem Jöst und Pfeiffer der Unterschlagung von Parteigeldern bezichtigt wurden. Die auf diese Weise Beschuldigten strengten eine Beleidigungsklage an, und das Schöffengericht verurteilte Böll zu 50 Mark Geldstrafe und zur Veröffentlichung des Urteils im »Mainzer Anzeiger« und im »Mainzer Tagblatt« auf seine Kosten: »Das Erkenntnis geht davon aus, daß Böll in dem inkriminierten Wahlpamphlet gegen besseres Wissen verleumderisch behauptet habe, die Kläger (also Jöst und Pfeiffer)

hätten Geld, welches ihnen zu Parteizwecken eingehändigt war, erst herausgegeben, nachdem ihnen ihre Quittungen vorgezeigt seien.« An all dem war nichts Wahres, und Böll, dies sehr wohl wissend, ließ das Urteil auch rechtskräftig werden.

Aber die Zeit der Prüfungen für die Mainzer Partei war noch nicht vorbei.

Am 20. April 1887 wurde die ganze in Mainz verfügbare Polizei aufgeboten, um schlagartig zwischen 5 und 6 Uhr in aller Frühe bei 40 Sozialdemokraten Haussuchungen durchzuführen. 25 von ihnen wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt, 10 von ihnen blieben in Haft. Man wollte den Sozialdemokraten eine geheime Verbindung nachweisen und trieb dafür einen geradezu abenteuerlichen Aufwand, aber das Ganze war nicht so sehr die Aufdeckung einer Verschwörung, sondern die Inszenierung einer Groteske.

Die Sozialdemokraten führten die Aktion, wahrscheinlich nicht zu Unrecht, auf eine Denunziation aus dem eigenen Lager zurück. Und man muß wahrhaftig nicht lange suchen, um da zu konkretem Verdacht zu kommen.

Zunächst einmal verteilte man die Inhaftierten, damit sie auch ja nicht miteinander Kontakt aufnehmen können, auf Arrestlokale in Bingen, Nieder-Ingelheim, Osthofen und Pfeddersheim.

Am 28. September begann vor der Strafkammer in Mainz der sog. Geheimbundsprozeß gegen den Landtagsabgeordneten Franz Jöst aus Mackenheim, den Schreinergehilfen Johann Heinrich Stoll aus Kirchlaunitz, den Schneidermeister Jakob Loos aus Westhofen, den Lederhändler August Zimmermann aus Bessungen, den Schriftsetzer Martin Anderhub aus Hechtsheim und den Andreas Heinrich Römberg aus Elm. Des weiteren gegen den Schuhmacher Anton Konrad aus Mainz und den Geschäftsführer Philipp Wilhelm Pfeiffer aus Dauborn, die nur der Verbreitung sozialistischer Schriften angeklagt waren.

Die Anklage war lächerlich. Es ging um die Frage, ob neben dem Wahlverein auch noch ein Unterstützungsverein bestanden habe und ob Exemplare des »Sozialdemokrat« verteilt worden seien.

Eine besonders klägliche Rolle spielte wieder Peter Böll, der als Zeuge der Anklage auftrat. Der Staatsanwalt stützte sich vornehmlich auf die Behauptung des Peter Böll, der Unterstützungsverein habe vor dem Wahlverein schon bestanden, und beide seien das Werk hauptsächlich von Jöst gewesen. Was Böll dazu getrieben hat, eine solche Rolle zu spielen, ist wahrscheinlich nur psychologisch zu erklären.

Der Zeuge der Verteidigung Petry bestätigte, daß der größte Teil der Angeklagten in seiner Wirtschaft verkehrt seien, und es habe schon lange Streitigkeiten zwischen Böll und Jöst gegeben. Er habe den Böll öfter aus der Wirtschaft gewiesen, und der sei obendrein noch häufig die Zeche schuldig geblieben.

Jöst selbst erklärte, im Jahre 1882 sei er in Amerika gewesen und sei krank zurückgekommen. Böll habe er vorher nicht gekannt, aber bis 1884 habe Böll auf der Seite der Sozialdemokraten gekämpft. »Seine Vergangenheit ließ seine

Zugehörigkeit zu uns allerdings nicht wünschenswert erscheinen, aber wir duldeten ihn, der früher nicht geringen Einfluß in der Partei besaß, um des lieben Friedens willen«, so wird die Aussage Jösts vor Gericht im »Mainzer Anzeiger« vom 30.9.1887 wörtlich wiedergegeben.

Der Prozeß endete mit der Verurteilung wegen der Teilnahme an einer Verbindung, »deren Zweck der Regierung geheimgehalten werden sollte . . .« und wegen der Verteilung sozialistischer Schriften. Am schlechtesten kamen Jöst und Konrad weg, die mit 6 Monaten Gefängnis bestraft wurden. Jöst trat im Februar 1888 seine Strafe an. Ebenfalls im Februar wurden der »Arbeiterwahlverein« und der »Unterstützungsverein« in Mainz noch einmal formell verboten.

## 29. Die ersten Erfolge bei Kommunalwahlen und bei der Reichstagswahl

Um diese Zeit sind die Zeitungen voll mit Berichten über den Gesundheitszustand des Kronprinzen Friedrich. Fast jeden Tag wurde ein ärztliches Bulletin veröffentlicht, das den Zustand des kranken Mannes in San Remo beschrieb, und in dem mitgeteilt wurde, ob er Fieber hatte und ob er die Nacht gut geschlafen hatte. Und während ganz Deutschland Anteil an der Krankheit des Kronprinzen nahm, starb der alte Kaiser Wilhelm I. der u.a. auch Ehrenbürger der Stadt Mainz war.

Die Trauerfeierlichkeiten für Wilhelm und die Thronbesteigungsfestlichkeiten für Friedrich III. waren kaum vorüber, als Friedrich starb und nun ein für die meisten Deutschen noch unbeschriebenes Blatt Deutscher Kaiser wurde, Wilhelm II.

In der Mainzer Sozialdemokratie regte sich der Trotz. Nachdem der Wahlverein 1888 verboten worden war, gründeten Jöst und Konrad im Mai 1889 in der »Drohtspitz« einen neuen, »dem auch gleich zahlreiche Mitglieder beitraten«. Die nächsten Wahlen – Stadtratswahlen und wenig später Reichstagswahlen – waren gar nicht mehr so weit weg.

Für den 16.11.1889 wurde eine Wahlversammlung einberufen, zu der etwa 2000 Personen in die Stadthalle kamen. Es ging um die Stadtratswahlen. Aber sehr viel Programmatisches hatte die Partei nicht anzubieten, die Forderungen blieben, wie vorher auch schon, sehr punktuell und zufällig. Es gab immer noch kein überzeugendes kommunalpolitisches Programm, und es ist auch erstaunlich, daß die Gesamtpartei der Kommunalpolitik nicht die Aufmerksamkeit schenkte, die sie verdiente.

Die wesentlichen Forderungen kennen wir schon: Abschaffung des Oktroi in Verbindung mit einer einzigen progressiven Einkommenssteuer – zumindest letzteres war auf der kommunalen Ebene gar nicht zu machen. Verminderung des Theaterzuschusses, weil das Theater

ohnehin nur der Bourgeoisie zugänglich sei. Aufhebung der Schutzgebühren im Hafen und Einführung des Gewerbeschiedsgerichts mit Berufungsinstanz.

Diesmal bieten Zentrum und demokratischer Verein eine gemeinsame Liste an, eine Minorität des Demokratenvereins macht eine eigene, Nationalliberale und Freisinnige vereinigen sich auf einer gemeinsamen Liste, und daneben gibt es die Liste des sozialistischen Wahlkomitees und einige Listen von unabhängigen Gruppen.

Wahlaufruf vom 19.11.1889 im »Mainzer Anzeiger«:  
»Wähler! Arbeiter! Bürger!

Wie Euch bekannt finden am Donnerstag, den 21. November die Stadtratswahlen statt. Da unsere Gegner diesmal getrennt vorgehen, so haben sie dadurch unsere Behauptung, daß die Phrase vom »schönen Verhältnis« ein haltloser Schwindel sei, vollauf bestätigt.

Arbeiter! Bürger! Es gilt, den auf dem Stadthaus herrschenden Ring zu sprengen und der Arbeiterpartei den ihr gebührenden Anteil an der Verwaltung zu erzwingen. Tue jeder seine Schuldigkeit, rüttle den Säumigen auf und stimme alsdann für den von uns ausgegebenen und nachstehende Namen enthaltenden Zettel, welcher sicher den Sieg davontragen wird,

Jöst, Franz, Landtagsabgeordneter

Konrad, Karl, Schuhmacher

Spengler, Gustav, Kaufmann

Dörr, Georg, Schriftsetzer

Petry, Franz, Wirt

Haas, Philipp, Schriftsetzer

Dr. Frank, Eduard, Arzt

Schwenck, Martin, Privatmann

Börckel, Ferdinand, Rechtsanwalt

Reis, Nathan Philipp, Weinhändler

Amend, Josef, Rentner

Dr. Horch, Hermann, Rechtsanwalt

Mayer, Martin Moritz, Malzfabrikant

Albrecht, Jakob, Fabrikant.«

14 waren zu wählen, 14 bot die Sozialdemokratie zur Wahl an, aber nur die erste Hälfte der Liste waren Sozialdemokraten. Man sprach also diesmal bewußt das bürgerliche, vor allem das demokratische Lager an und hatte Leute mit auf die Liste genommen, die auch auf anderen Listen geführt wurden.

Und diesmal hatten die Sozialdemokraten Erfolg. Sie brachten zum erstenmal einen der Ihren in die Stadtverordnetenversammlung: den Schriftsetzer Georg Dörr.

Verlierer dieser Wahl waren die Nationalliberalen, die 7 Sitze verloren, und so setzte sich die 42köpfige Stadtverordnetenversammlung nach dieser Ergänzungswahl zusammen aus: 10 Demokraten, 9 Nationalliberalen, 16 Ultra-



Paul Singer

montanen, 4 Deutschfreisinnigen, 1 Sozialdemokraten und 2 Parteilos.

Aber es blieb nicht viel Zeit, dieses Ereignis zu feiern, denn im Februar sollten Reichstagswahlen sein, und diesmal, so war es der Wunsch der Parteiführung, sollten in allen Wahlkreisen Sozialdemokraten kandidieren.

Für Rheinhessen hieß das: Jöst kandidierte wieder im Wahlkreis Mainz-Oppenheim, der Schuhmacher Berthold aus Darmstadt im Wahlkreis Worms-Heppenheim-Wimpfen und der frischgebackene Mainzer Stadtverordnete Georg Dörr in Bingen-Alzey. Dörr ist in diesem Wahlkreis sehr fleißig und hält eine ganze Reihe von Versammlungen, sogar in Bingen mit Jöst gemeinsam.

Mainzer Anzeiger vom 9.2.1890:

*»Bingen 7.2. Die Mißwirtschaft des Kartellreichstags seligen Angedenkens hat auch hier, wie überall in Deutschland seine Früchte gezeitigt. Die Sozialdemokraten, welche hier bei allen vorhergehenden Wahlen in nur verschwindender Minorität zum Vorschein kamen, haben es diesmal so weit gebracht, daß sie am Montagabend im Ritzschen Saale (Zurgoldenen Krone) eine Wählerversammlung abhalten. In dieser Versammlung wird Herr Jöst aus Mainz, sowie der sozialdemokratische Kandidat für Bingen-Alzey, Herr Stadtverordneter Georg Dörr, referieren. Eine sozialdemokratische Versammlung war in den Annalen der Binger Geschichte bis jetzt nicht verzeichnet.«*

Dörr und Jöst sind rastlos unterwegs, wir finden sie überall. Die zentrale Veranstaltung ist am 13.2.1890 wieder in der Stadthalle in Mainz. Diesmal spricht neben Jöst der Reichstagsabgeordnete Paul Singer. 3000 Leute sind da. Jöst wendet sich gegen die beabsichtigte Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags von drei auf fünf Jahre, setzt sich gegen die Verlängerung der Dienstzeit für Soldaten ein und wendet sich gegen Schutz Zoll- und Kolonialpolitik. Singer folgt ihm. Sein Hauptthema ist die Verkürzung der Arbeitszeit, *»um die Arbeiter von unnötiger Ausnutzung ihrer Kräfte zu schützen und die Arbeitslosen dadurch von der Landstraße zu entfernen.«* (Mainzer Anzeiger vom 15.2.1890)

Einen Tag vor der Wahl wandte sich das sozialistische Wahlkomitee mit einem Inserat an die Wähler:

*»Wähler, Arbeiter! Mitbürger!*

*Die Stunde der Entscheidung naht: Morgen seid ihr berufen, von dem wichtigsten Eurer Rechte Gebrauch zu machen und einen Vertreter für den Deutschen Reichstag zu wählen. Vergeßt nicht, daß die gegnerischen Parteien wiederholt gegebene Versprechen nicht gehalten haben; vergeßt nicht, daß sie Euer Brot verteuert, daß sie die unheilvollen Ausnahmegesetze genehmigt, daß sie die politischen Rechte des Volkes geschmälert, daß sie die Lasten in jeder Beziehung vergrößert haben.*

*Die einzige Partei, die stets die Rechte und Freiheiten des Volkes hochgehalten hat, ist die sozialdemokratische Partei. Die sozialdemokratische Partei ist die einzige, die volle Gleichheit vor dem Gesetz für alle Staatsbürger*

*ohne Unterschied verlangt; sie ist die wahre Vertreterin aller Unterdrückten, ist diejenige Partei, die durch keine Verfolgungen und Kerkerstrafen sich von ihren Grundsätzen abbringen ließ. Für diese Partei zu wählen, ist die Pflicht eines jeden Arbeiters, jedes denkenden Menschen.*

*Wähler, die Entscheidung kann euch nicht schwerfallen, stimmt für den Kandidaten der Arbeiterpartei, für den Landtagsabgeordneten Franz Jöst.«*

Nach der Auszählung der Stimmen der Wahl vom 21. Februar steht fest: die großen Gewinner dieser Wahl sind die Sozialdemokraten.

Im Wahlkreis Worms-Heppenheim-Wimpfen gewann zwar wieder der Nationalliberale, Prof. Marquardsen; im ersten Anlauf, aber der Schuhmacher Berthold, der die Sozialdemokraten repräsentierte, holte immerhin mehr als 1500 Stimmen.

Im Wahlkreis Bingen-Alzey, wo Bebel drei Jahre zuvor noch mit 147 Stimmen zufrieden sein mußte, erreichte Georg Dörr diesmal über 1000 Stimmen, davon in Alzey 116, in Bingen 150, in Ober-Ingelheim 135 und in Büdesheim 95.

Im Wahlkreis Mainz-Oppenheim gar überflügelte Franz Jöst mit 8 054 Stimmen seine Konkurrenten klar, Racke (Z) bekam 6 366 und Jacoby (nat. lib.) 5 347 Stimmen.

Wieder stellte die Stadt mit 5 012 Stimmen das Hauptkontingent sozialdemokratischer Stimmen. Größere Anteile gab es wieder in dem Gürtel um Mainz, den wir schon kennen, in Kastel 377, Weisenau 322, Mombach 280, Kostheim 279, Bretzenheim 252, Gonsenheim 198, Hechtsheim 194, Finthen 155 und diesmal auch Essenheim 134. Aus dem Kreis Oppenheim sind nur Bodenheim mit 78 und Nackenheim mit 84 Stimmen erwähnenswert.

Die Mainzer Sozialdemokraten hatten sich von ihrer zeitweisen Schwäche gut erholt und standen nun in der Stichwahl.

Die Auseinandersetzungen vor dieser Stichwahl sind hart. Diesmal kommt Bebel selbst zur zentralen Veranstaltung in die Stadthalle, wo 6000 Menschen auf ihn warten. Der Gegner Jösts in der Stichwahl ist Racke (Z.), und Bebel setzt sich zunächst mit dem Zentrum auseinander und der entstehenden Darstellung der Ziele der Sozialdemokratie durch das »Mainzer Journal«, dessen Polemik weit unter die Gürtellinie schlägt. Er muß sich auch mit einem Flugblatt auseinandersetzen, das im Wahlkreis Bingen-Alzey verbreitet wurde, für das ebenfalls der Redakteur des »Journal« verantwortlich zeichnete und das sich u.a. mit Bebel's Buch: »Die Frau und der Sozialismus« beschäftigte. Bebel greift in dieser Rede noch einmal in die Geschichte zurück und bezeichnet die Annexion Elsaß-Lothringens als einen schweren Fehler, und er schildert die soziale Katastrophe nach einem nächsten Krieg. Mit diesen Ausführungen schützte Bebel auch Jöst, der wegen seiner Binger Rede angegriffen wurde, gerade wegen seiner Haltung zur Annexionspolitik.

Noch am Tage der Wahl erscheinen zwei Inserate:

»*Goldenes Mainz! Halte hoch die Fahne des Bürgertums; sei ernst und besonnen!*

*Aller Augen sind morgen auf Dich gerichtet, gib nicht zu, daß du die einzige Stadt am schönen Rheinstrom seiest, die einen Sozialisten als Vertreter in den Reichstag sendet. Hoch, goldenes Mainz!*«

Und die Nationalliberalen hetzten: »*Wir wollen keinen franzosenfreundlichen Umstürzler, keinen Sozialdemokraten als Vertreter!*«

Die Wähler ließen sich nicht beeindrucken. In der Stichwahl vom 1. März 1890 gewann Jöst mit 9 569 Stimmen gegen Racke, der auf 9 196 Stimmen kam. Den Ausschlag für dieses Ergebnis gab wieder die Stadt mit 6 094 Stimmen gegenüber 3 516 für Racke.

Der Wahlkreis Mainz-Oppenheim war zum zweitenmal gewonnen. Aber Jöst nahm natürlich, im Gegensatz zu Liebknecht 1881, die Wahl an und vertrat den Wahlkreis fortan im Reichstag.

»*An meine Wähler!*

*Nach der heute erfolgten amtlichen Bekanntmachung wurde ich am 1. d.M. als Abgeordneter zum Deutschen Reichstag für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim gewählt. Es drängt mich, allen meinen Wählern hiermit meinen Dank auszusprechen und gebe die Versicherung, daß ich das in mich gesetzte Vertrauen stets rechtfertigen werde. Jeder Wink und Wunsch einerlei von wem und welcher Partei ausgehend, wird, soweit es sich mit meiner Pflicht und Überzeugung vereinbaren läßt, stets ein geneigtes Ohr finden. Außerdem fühle ich mich veranlaßt, allen denen, die unter großen Opfern und Mühen dazu beigetragen haben, dies erfreuliches Resultat zu erzielen, meinen besonderen Dank auszusprechen.*

Mainz, 5. März 1890

Franz Jöst«

Franz Jöst stammte aus Mackenheim im Odenwald, dort wurde er am 12. Dezember 1851 geboren. Er besuchte die Schule im benachbarten Ober-Abtsteinach (heute ist Mackenheim Teil von Ober-Abtsteinach) und machte eine Schreinerlehre in Weinheim. 1869 ging er auf Wanderschaft und kam 1871 nach Mainz, wo er bald in das Infanterieregiment 117 eintrat, in dem er seiner Wehrpflicht genügte und bis 1874 diente. Nach seiner Entlassung blieb er in Mainz und arbeitete in Mainzer Möbelfabriken. 1882 reiste er nach Südamerika, eine Reise, die offensichtlich im Zusammenhang stand mit der von ihm mit Partnern beabsichtigten Gründung einer Holzverarbeitenden Fabrik. Nach seiner Rückkehr, nach sieben Monaten, ließ er sich als Kehlleistenfabrikant nieder und baute seine Fabrik im Gartenfeld. Diese Reise muß über Jahre hinweg Gesprächsstoff für einige Sozialdemokraten, und vermutlich nicht nur für diese, gewesen sein. Wie wir schon erfahren haben, fingen damals die Schwierigkeiten mit Leyendecker an, die später zum endgültigen Bruch führten.

Jöst war sofort nach Beendigung seiner Militärzeit der Sozialdemokratischen Partei beigetreten und besuchte die Arbeiterkongresse in Hamburg 1876, Dresden 1878, Kopenhagen 1883, St. Gallen 1887 und den internationalen Arbeiterkongreß in Paris 1889. Seit 1885 schon vertrat Jöst gemeinsam mit dem Offenbacher Carl Ulrich die Stadt Mainz im Hessischen Landtag, und nun war er zusätzlich Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Mainz-Oppenheim.

Nach der Wahl erhob er sofort Verleumdungsklage gegen die Urheber der Verballhornung seiner Binger Rede, die in dem nun gerade zurückliegenden Wahlkampf eine erhebliche Rolle gespielt hatte. Die Verleumdung ging vom Zentrum aus, verantwortlich war Herr Hickethier, der vorher eine Schlichtungsverhandlung platzen ließ, weil er behauptete, er könne die gesamte Verantwortung für den Text des Flugblattes übernehmen, der das aber, als es vor Gericht ging, plötzlich nicht mehr sein wollte. Er ließ durch seinen Rechtsanwalt erklären, nur Verantwortung übernehmen zu können, soweit er preßrechtlich dazu verpflichtet sei, nicht aber für den Inhalt. Hickethier gab zu Protokoll, »*daß er keine Lust habe, sich zu Liebe des Herrn Jöst Strafen zu lassen*«. Mit anderen Worten, er rechnete mit seiner Verurteilung wegen Verleumdung und wollte sich ihr entziehen. Jöst zog daraufhin die Klage zurück.

### 30. Das Ende des Sozialistengesetzes

Um diese Zeit, am 20. März 1890, trat Bismarck zurück, und Wilhelm II. berief den General Caprivi zum Reichskanzler. Es war deutlich erkennbar, daß das Sozialistengesetz nicht mehr verlängert und im Herbst auslaufen würde.

Das sahen wohl auch die Behörden so, denn die Sozialdemokraten konnten sich unbehelligt am 1. Mai 1890 versammeln. Offensichtlich aber befürchteten die Behörden an diesem Tag Schlimmes, große Demonstrationen, gar Krach. Aber dieser 1. Mai war ein Werktag wie jeder andere, und die Arbeiter gingen ihrer Arbeit nach wie gewöhnlich. Die Alarmbereitschaft des Infanterieregimentes 117 erwies sich als höchst überflüssig.

Erst am Abend fanden sich die Sozialdemokraten zu einer Großveranstaltung in der Stadthalle zusammen, die mit einer Rede von Jöst zu einer eindrucksvollen friedlichen Demonstration für den Acht-Stunden-Tag wurde.

Genau zwei Monate später luden die Sozialdemokraten wieder zu einer Volksversammlung ein, die diesmal im »Weißen Rößchen« in der Gaugasse stattfand, das nun für mehrere Jahre das Vereinslokal der Sozialdemokraten war. Dort wurde den erstauften Genossen von Jöst mitgeteilt, daß mit Wirkung vom 1. Juli an ein Abkommen mit dem Verleger der »Mainzer Nachrichten« getroffen worden sei, mit dem er sich verpflichtet habe, sein Blatt den Sozialdemokraten zu öffnen und für die Arbeitnehmerinteressen einzutreten. Auf die Herausgabe eines eigenen Blattes könne deshalb verzichtet werden. Aber dieses Techtelmechtel hielt nicht lange.



Am 12.8.1890 berichtet das »Mainzer Tagblatt«:  
*»Die sozialdemokratische Partei hat mit ihrem hiesigen Parteiblatt gründlich Fiasko gemacht. Ganze zwei Monate hat es gehalten. Man erinnere sich noch an die großen Anstrengungen, welche die sozialdemokratische Parteileitung machte, um die Sache in Feuer zu bringen und die »Mainzer Nachrichten«, als diese sich zur Verfügung stellten, zu empfehlen. Es wurden Volksversammlungen abgehalten, in denen die Propaganda für das genannte Blatt auf der Tagesordnung stand, riesengroße Plakate verkündeten aller Ecken, daß es die Ehre des arbeitenden Volkes erfordere, das Parteiorgan zu unterstützen, im ganzen Umkreis von Mainz bis nach Nassau hinein wurde die Werbetrummel gerührt – nichts half, die alten Abonnenten des Blattes fielen ab, und die neuen erwiesen sich als recht unzuverlässig. Das Ende vom Lied ist, daß der Verleger der »Mainzer Nachrichten«, Herr Piez, den seinerzeit mit der sozialdemokratischen Partei abgeschlossenen Vertrag gestern gekündigt und daß anstelle des seitherigen Redakteurs, Herrn Grünwald, der frühere Redakteur des Blattes, Herr Heinrich Hirsch, die Redaktion übernommen hat. Die sozialdemokratische Partei aber ist in Sachen Parteipresse wieder um eine traurige Erfahrung reicher. Wird sie dieselbe für die Zukunft beherzigen!«*

Sie beherzigte nicht.

Erstaunlich schnell reagiert die Partei auf diese Entwicklung, so schnell, daß es schwer fällt zu glauben, daß nicht schon vorher Vorbereitungen gelaufen sind. Denn am 31. August kam sie mit einem eigenen neugegründeten Blatt, der »Mainzer Volkszeitung« heraus, ein Blatt, das rund vier Jahrzehnte Bestand haben sollte. Die neue Zeitung, wurde zunächst in Offenbach gedruckt, wenig später in Mainz, als verantwortlicher Redakteur zeichnete der Kaufmann Gustav Sprenger, die Expedition war in der kleinen Kötherhofgasse und die Zeitung erschien mit dem Untertitel »Sozialpolitisches Organ für Mainz und Umgegend.«

Gleich die erste Nummer machte mit einer großen Würdigung Ferdinand Lassalles auf, der 31. August war sein Todestag.

*»Du kannst zufrieden sein, Lassalle!  
 Den Schwur, den Dir einst die Proletarier geleistet, sie haben ihn gehalten,  
 Millionen Rächer sind aus Deinen Gebeinen entstanden.  
 Was Du getan, war nicht vergeblich!«*

Man braucht die Wortwahl nicht für sehr geschmackvoll zu halten, sie entspricht dem Stil der Zeit, aber bemerkenswert bleibt vor allem, daß diese Anhänglichkeit an Lassalle unzerstörbar war. Am 31. August gab es auch eine Lassallefeier im »Weißen Rößchen«, auf der Jöst sprach und der Gesangverein »Harmonie«, eine der Gründungen unter dem Sozialistengesetz, sang. Bemerkenswert deshalb, weil es etwas Entsprechendes zum Gedenken an Karl Marx nicht gab, auch später nicht. Immer war Ferdinand Lassalle den Herzen der Sozialdemokraten näher als Karl Marx.

Während dieser Entwicklung fanden wieder Landtagswahlen statt. Für Juli wurde nach Mainz eine Landeskonferenz der hessischen Sozialdemokraten einberufen, die erste, von der wir wissen, die sich mit der Aufstellung der Kandidaten befaßte. Für den Wahlkreis Mainz war die Sache einfach: Jöst und Ulrich hatten sich bewährt und wurden wieder nominiert. Darüber hinaus wagte die Partei in Rheinhessen nur eine weitere Kandidatur, die von Gustav Sprenger im Wahlkreis Ingelheim.

Schon damals versuchten die Parteien durch ein Wahlabkommen die Auswüchse des Wahlkampfes einzudämmen. Es hat damals so wenig genutzt wie heute.

Alle Parteien vereinbarten untereinander für Mainz folgende Grundsätze:

1. alle persönlichen Angriffe in Wort und Schrift werden vermieden.
2. von dem offiziellen Wahlauftrag abgesehen, verzichten die Parteien auf die Ausgabe von Flugblättern und Plakaten vor und an dem Wahltag.
3. am Wahltag wird jede der fünf vertretenen Parteien nur je 4 Standartenträger in der nächsten Nähe des Wahllokals aufstellen.
4. die öffentliche Verteilung der Wahlzettel auf den Straßen soll nur in nächster Nähe des Wahllokals erfolgen.

Bei den Landtagswahlen am 24.7.1890 gewann wieder die Liste der Sozialdemokraten, und diesmal deutlich. Sie bekam 1287 Stimmen, die vereinigte Liste von Nationalliberalen und Deutschfreisinnigen brachte es auf 957 und die ultramontane Liste, unterstützt von den Demokraten, auf 829 Stimmen.

Das »Mainzer Tagblatt« beklagte die geringe Wahlbeteiligung von nur 37%, aber *»die Sozialdemokraten stimmten Mann für Mann . . .«*

Am 5.8. wählten die Wahlmänner einstimmig Jöst und Ulrich, die damit zum zweitenmal in die zweite Kammer des hessischen Landtags einzogen.

Die Kandidatur von Gustav Sprenger in Ingelheim freilich blieb erfolglos.

Im September begannen die Mainzer mit den Vorbereitungen für den Parteikongreß, der nach dem nun bevorstehenden Ende des Sozialistengesetzes in Halle stattfinden soll. Eine Delegiertenkonferenz aus dem Stadt- und Landkreis Mainz, auf der außer der Stadt noch 10 Ortschaften mit 33 Delegierten waren, beschloß die Entsendung von drei Delegierten, zwei aus der Stadt, Dörr und Konrad, und einem aus dem Landkreis, Martin Anderhub aus Hechtsheim.

Ende September trafen sich etwa 100 Delegierte des Wahlkreises Bingen-Alzey im »neuerbauten Saale des Herrn Enger« in Alzey. Die Delegierten kamen aus Alzey, Bingen, Wörrstadt, Odernheim, Weinheim, Ingelheim und Nieder-Saulheim. Vorsitzender dieser Konferenz war der Wörrstädter Grosch, und Dörr aus Mainz wurde zum Delegierten für Halle gewählt.

Am 30. September 1890 lief das Sozialistengesetz aus, und der »Mainzer Anzeiger« zog am 1. Oktober Bilanz:  
*»Auf Halbmast wird heute die Flagge über dem Schlosse in Friedrichsruh gehißt sein, es ist Trauer im Hause. Wenn binnen wenigen Stunden die Mitternachts-*



Georg Dörr

glocken läuten, so singen sie der »genialsten« Schöpfung des ehemaligen »genialen Kanzlers« den Grabgesang: das Sozialistengesetz ist in den Abgrund gesunken, wie so manches andere Bismarcksche Werk seit der Entlassung seines Urhebers. Just ein Dutzend Jährchen hat dieses für alle Zeiten muster-gültige Polizeigesetz, welches eine geistige Bewegung mit Knütteln totschiessen sollte, seine segensreiche Wirkung ausgeübt, und der herrliche Erfolg liegt heute auch vor dem blödesten Auge offen dar, ein Erfolg, von dem der Vater bzw. die Väter des Gesetzes in Wahrheit und Aufrichtigkeit sagen dürfen, daß sie ihn nicht im entferntesten erwartet hätten. Zwölf Köpfe zählte die sozialdemo-kratische Reichstagsfraktion im Jahre des Heils 1878, welches das Geburtsjahr des Ausnahmegesetzes werden sollte; durch die Wahlen vom 30. Juli 1878, die unter dem Eindruck des am 2. Juni stattgefundenen Nobilingschen Attentats und einer unerhört schmachvollen Agitation seitens der Konservativen und der schnell bekehrten Nationalliberalen stattfanden, schrumpfte dieses Dutzend auf neun Köpfe zusammen – und heute fehlt der sozialdemokratischen Fraktion an den drei Dutzend Mandaten, welche ihnen einst Fürst Bismarck in übel angebrachtem Scherz einräumen wollte, nur ein einziges, die Armee der sozialdemokratischen Wähler aber, welche im Jahre 1874 erst 350 000 Mann stark war, ist im Jahre 1890 auf 1 350 000 Köpfe gekommen. Wenn das kein Erfolg ist, dann gibt es überhaupt keinen.«

Ein Ferdinand Felsen widmet dem 1. Oktober 1890 in der »Mainzer Volkszeitung« ein Gedicht:

»Zum 1. Oktober 1890

Ein neuer Sieg! Denn Sklavenketten fielen!  
Zerbrochen liegen sie von starker Hand,  
Der Hand, gewöhnt an Arbeit, voller Schwielen,  
Die manches Hindernis schon überwand.

Von Land zu Land tönt die frohe Kunde  
Durch alle Reihn des Proletariats;  
Verwischt ward längst im weiten Erdenrunde  
Von ihm die Grenze des modernen Staats.

Ein neuer Sieg! Indessen nicht der letzte!  
Noch zu bestehen ist manch harter Streit,  
Noch immer sind das Wild wir, das gehetzte;  
Noch haben wir zum Ruhen keine Zeit!

Noch heißt es nicht den Freudenbecher leeren,  
Unheil im Dunkeln sinn die Reaktion;  
Wie vordem gilts, sich ihrer zu erwehren  
Und zu ersticken ihren grimmen Hohn!

Der Banden viele müssen wir noch brechen,  
Auf daß die Freiheit ganz errungen sei,  
Drum mutig vorwärts! Denkt an das Versprechen,  
das wir uns gaben jüngst am 1. Mai.

Wir wollen immerdar zusammenstehen,  
Uns trennt kein Ozean, uns trennt kein Land!  
Wo Menschen wir bedrückt in Fesseln sehen,  
Da helfen wir mit treuer Bruderhand!

Und kämpfen stets wir mit vereinten Kräften,  
dann zittern die Gewaltgen dieser Welt!  
Dann wird sich Sieg an Sieg an unsere Fahnen heften,  
Bis wir am Ziele, das wir uns gestellt.«

Das Ende des Sozialistengesetzes wurde vielfältig gefeiert. Die Mainzer Sozialdemokraten trafen sich im »Weißen Rößchen« zum übermütigen Familienfest.

»Unter ungeheurem Jubel erfolgte die Enthüllung der seit 12 Jahren in sicherem Versteck gehaltenen Fahne der hiesigen Sozialistischen Partei, die in ihrem vermoderten und zerfetzten Zustande kaum mehr bei Festlichkeiten und Aufzügen benutzt werden kann. Herr Jöst schilderte, wie die Fahne viermal ihr Versteck wechseln mußte und dann seit Jahren in seinem Hause vergraben gewesen wäre«, berichtet der »Mainzer Anzeiger« am 5. Oktober 1890.

In Worms war es ähnlich. Der Sohn des Vorsitzenden Jäger hatte die Fahne zunächst in der Dachrinne des Hauses in der Judengasse verschwinden lassen und sie so vor den Nachforschungen der Polizei sichergestellt. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes wurde das Banner bei dem Genossen Markert in der Bertramschen Brauerei wieder feierlich entrollt.

Auch in Rheinhessen standen die Sozialdemokraten bei Ende des Sozialistengesetzes gefestigter da als vorher. In Mainz waren sie zur stärksten Partei geworden und konnten aufgrund ihrer Stärke in der Stadt und im engsten Umfeld, d.h. im wesentlichen den jetzigen Mainzer Vororten, sogar den Reichstagswahlkreis Mainz-Oppenheim gewinnen. Mainz stellte die beiden einzigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten aus Rheinhessen, und überdies war es der Partei gelungen, den ersten Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung zu bringen. Sozialdemokratische Vereine gab es nicht nur in Mainz, sondern auch in Kastel, Kostheim, Weisenau, Hechtsheim, Bretzenheim, Gonsenheim, Finthen und Mombach.

In Worms hatte sich die Partei konsolidiert und stellte von nun an eine feste, wenn auch noch lange keine beherrschende Größe dar. Zwar konnte man dort



noch keine Mandate erringen, aber die Partei stellte doch schon beachtliche Stimmenkontingente.

Im Wahlkreis Bingen-Alzey war es vor allen Dingen Alzey, das gegen Ende des Sozialistengesetzes sich organisierte. 1888 erschien ein Arbeitergesangverein »Lassalle« auf der Bildfläche, der sich nach dem Ende des Sozialistengesetzes »Wahlverein der sozialistischen Partei Alzeys« nannte oder aus ihm hervorgegangen war und damit wohl zu Recht als die Keimzelle der Sozialdemokratie in Alzey gilt.

### 31. Gewerkschaften, Arbeitskämpfe und Streitpunkte

Die Gewerkschaften reagierten auf das Sozialistengesetz zunächst einmal ebenso unsicher und zurückhaltend wie die Partei. Lange Zeit geschah überhaupt nichts, worüber öffentlich berichtet worden wäre.

Erst fast zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes lesen wir im »Mainzer Anzeiger« vom 10.8.1880 von einer Versammlung der Schreiner, die beschloß, bei einem Streik der Berliner Tischlergesellen diese zu unterstützen. Ein Vorstand wurde gewählt, der die Angelegenheit weiterverfolgen soll, und die Behörden zerbrachen sich den Kopf, ob das nun eine sozialdemokratische Versammlung war, die man eigentlich hätte verbieten müssen oder nicht. Die Schreiner waren es auch, die sich als erste wieder in Arbeitskämpfe trauten. Das braucht uns nicht zu überraschen, denn die Schreiner waren von Anfang an das aktivste gesellschaftliche Element in Mainz. Ende April 1881 fanden sie sich im »Weißen Roß« zusammen, um ihre streikenden Berufskollegen der Bembéschen Fabrik zu unterstützen. Deren Forderungen sind 15% Lohnverbesserung bei einem Minimallohn von 15 Mark für die geringsten Gesellen und 50% Aufschlag für Überstunden und Sonntagsarbeit, wobei sie nicht verhehlten, daß letztere überhaupt abgeschafft werden müßte. Dieser Streik dauerte 14 Tage, bis er mit einem Kompromiß beigelegt werden konnte.

Wenige Tage später setzt sich der Streik in der Rauchschen Fabrik fort. Dort ging es um Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung. Während die Fabrikleitung die geforderte 10stündige Arbeitszeit ohne große Umstände bewilligte, lehnte sie jede Lohnerhöhung ab. Aber auch hier wird ein Kompromiß gefunden und der Streik nach etwa einer Woche beendet.

Die Schreiner sind es auch, die sich 1883 mit ihren streikenden Kollegen in Stuttgart und Köln solidarisieren. Von anderen Gewerkschaften, die sich jetzt meist Fachvereine nennen, ist lange Zeit nichts zu hören.

So sind es auch die Schreiner, die in den letzten drei Tagen der Weihnachtswoche 1883 in Mainz einen Kongreß der Fachvereine der deutschen Schreiner- gesellen veranstalten, zu dem etwa 40 Delegierte aus allen größeren Städten Deutschlands kamen. Man kam überein, einen Vorstand zu bilden, der sich über

ganz Deutschland erstrecken soll, eine gemeinsame Kasse soll gegründet werden, aus der Streik-, Reise- und Sterbegelder gezahlt werden sollen, deren Sitz soll Stuttgart sein. »Im weiteren soll auf die Beseitigung der Akkordarbeit und auf die Einführung einer Normalarbeitszeit hingestrebt werden.«

(Mainzer Anzeiger 3.1.1884)

### 32. Das Recht auf Arbeit

Im Mai 1884, als es wieder eine Sozialistengesetzdebatte gab um die Verlängerung des Gesetzes, hatte Bismarck gesagt, das Recht auf Arbeit erkenne er unbedingt an. Diese Bemerkung führte, wie sich leicht denken läßt, zu sehr unterschiedlichen Reaktionen. Der »Mainzer Anzeiger« vom 17.5.1884 befaßte sich sogar in seinem Leitartikel damit:

*»Der Fürst Reichskanzler hat in der Sozialistengesetzdebatte das große Wort gesprochen: Das Recht auf Arbeit erkenne ich unbedingt an. Es ist hocherfreulich, daß Fürst Bismarck heute mit derselben Entschiedenheit an diesem Grundsatz festhält, mit welcher er früher den Freihandel vertreten hat. Nun hat der Reichskanzler den Wandel seiner Gesinnung damit erklärt, daß er ja früher nicht die nötige Zeit gehabt habe, sich mit Volkswirtschaft zu beschäftigen. Vielleicht ist auch heute der Reichskanzler mit dringenden Arbeiten noch überladen, so daß er die ausreichende Muße nicht hat, die Dinge, welche er oberflächlich streift, bis zu dem inneren Kern zu verfolgen. Der Herr Reichskanzler ist bereits bei der Anerkennung des Rechts auf Arbeit, das ist immerhin schon ein gut Stück Wegs.*

*Das Recht auf Arbeit! Es ist eine absonderliche Erscheinung, solche Worte in dem Munde eines königlich-preußischen Ministerpräsidenten! Das Recht auf Arbeit ist ein so weittragender, ein so umwälzender Gedanke, wenn auch weder neu, noch dem Kanzler eigentümlich, daß man sich ernsthaft fragen muß, ob man sich vorstellen kann, dieses Recht sei durchführbar in der heute herrschenden Gesellschaftsordnung. Das Recht auf Arbeit ist nicht mehr und nicht minder als der denkbar stärkste Widerspruch gegen das Sozialistengesetz.*

*Jedermann hat ein Recht auf Arbeit, aber an wen hat er dieses Recht, wer hat die Pflicht, ihm Arbeit zu gewähren? Das kann doch nicht gut jeder Einzelne sein, sonst könnten ja tausend Personen bei einem armen Schluderer, der selbst nichts zu beißen hat, Arbeit und Unterhalt verlangen, sondern wohl nur die organisierte Gesamtheit, also der Staat. Die Gesamtheit allein könnte die Pflicht haben, für die Ernährung ihrer einzelnen Mitglieder zu sorgen. Wie aber soll es dem Staat möglich sein, allen arbeitslosen Personen Beschäftigung zu geben? Entweder der Staat als der zwangspflichtige Arbeitgeber erteilt die Arbeit unmittelbar oder mittelbar, er beschäftigt die Arbeiter in seinen eigenen Unternehmungen oder er zwingt die Privatunternehmer zur Einstellung und*

## Wormser Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz 1878 - 1890

Ein polizeiliches Verzeichnis über die Mitglieder des Sozialistischen Arbeiter-Vereins in Worms im Jahre 1877 weist 92 Namen auf. Die überwiegende Zahl der Mitglieder trat im März 1877 der Partei bei.

Es waren hauptsächlich Handwerksgelesen, ein Teil davon auf der Wanderschaft, so daß die Fluktuation groß war. Alles wurde genauestens polizeilich registriert, die An- und Abmeldungen vermerkt.

Natürlich finden wir hier noch keine weiblichen Mitglieder. Es war nicht üblich, daß Frauen Gastwirtschaften, in denen die Versammlungen stattfanden, aufsuchten. Die verheirateten Frauen hatten in der Regel kein eigenes Einkommen.

Zahlreiche Geburten, ein Haushalt, in dem noch Vorratswirtschaft durch Einkochen usw. betrieben wurde, sowie die Anfertigung von Wäsche und Kleidern ließen keinen Raum für politisches Engagement. Manche Frauen verdienten sich etwas hinzu, indem sie noch für die »Herrschaft« putzten, den Haushalt und die Wäsche versorgten oder als Landarbeiterinnen mit aufs Feld gingen.

Ledige erwerbstätige Frauen findet man vereinzelt in ihren Berufsorganisationen, wie beim Allgemeinen Deutschen Schneider-Verein. Die Königl. Polizeidirektion Wiesbaden, die Auskunft über die Mitglieder dieses Vereins haben wollte, erhielt aus Worms die Antwort, daß fast alle 21 Mitglieder auch der Sozialistischen Partei angehörten (18.7.1878).

Bereits vor Inkrafttreten des Sozialistengesetzes wurden die Mitglieder der Partei überwacht.

Am 25.8.1878 ordnet das Großherzogliche Kreisamt Worms an das Polizeikommissariat an:

*»Von jeder Absicht der Sozialistischen Partei, eine Versammlung hier abzuhalten, erwarten wir schleunigst Anzeige.«* Am 21.10.1878 tritt das Sozialistengesetz (Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie) in Kraft.

Am 26.10.1878 läßt das Kreisamt mit Verfügung des Vollzugs des Sozialistengesetzes Kasse und Gegenstände bei *Heinrich Günther, Stern gasse 17* beschlagnehmen. Bei der Hausdurchsuchung wurde kein Geld mehr gefunden *»da der Verein bei der Auflösung noch Defizit gehabt habe.«*

Eine Liste der Mitglieder (ihre Zahl war inzwischen auf 56 geschrumpft), Mitgliederkarten, Parteiprogramme, Organisationsstatute, verschiedene Briefe, Rechnungen und ein Kassenbuch wurden ebenfalls mitgenommen.



Lucie Kölsch

Im Polizeibericht hieß es zur gleichen Zeit, daß sich in Worms ein *Gesangverein »Heiterkeit«* gegründet habe, dessen Mitglieder mit der Sozialistischen Arbeiterpartei identisch seien. Es sind 29 Sangesbrüder namentlich aufgeführt. Am 23.11.78 veranlaßt der Bürgermeister der Stadt Worms die Übernahme der beschlagnahmten Gegenstände der verbotenen Partei durch den Sparkassenrechner Hein.

26.10.78

Kreisamt Worms an die Polizei: Überwachung der Gewerkschaften der Schuhmacher und Schneider, sowie des Wormser Arbeiter-Kranken-Unterstützungsbundes.

1.11.78

Verbot der Gewerkschaften der Schuhmacher und Schneider, sowie Beschlagnahme der Kassen und Gegenstände.

6.11.78 Das Großherzogliche Kreisamt Worms an das Polizeikommissariat Worms:

»Wir erwarten am 15.12. genauen Bericht über

1. die Ausführung des Reichsgesetzes vom 21.10.78

2. die Wirkung des Gesetzes auf die von ihm berührten Kreise

3. den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in Worms

4. die Mittel und Wege, welche die Führer der soz. Bewegung zur Umgehung oder Abwendung der gesetzlichen Vorschriften etwa einschlagen.«

Schon vor dem Sozialistengesetz wurden die Sozialdemokraten überwacht. Am 31.5.1876 bereits hat das Großherzogl. Polizeiamt Darmstadt um tel. Nachricht, »ob und wieviel Wormser Sozialisten an der Fahnenweihe in Darmstadt teilnehmen.«

Die Ermittlungen zu den oben erwähnten 4 Punkten scheinen nicht ganz einfach gewesen zu sein, denn erst nach erneuter Mahnung des Kreisamtes am 13.12.78 gab die Polizei am 16.12.78 folgenden Bericht:

»Die durch die Ausführung des Reichsgesetzes vom 21.10.78 verfügte Auflösung der dahier bestehenden Vereine mit sozialistischen Tendenzen hatte auf die davon berührten Kreise eine sehr heilsame Wirkung. Das rasche und energische Durchgreifen der Behörde in dieser Richtung hat der Weiterverbreitung der Sache den Boden geraubt. Die Anhänger der Sozialdemokratie wurden auf das verbrecherische Treiben aufmerksam gemacht und sie in die rechte Bahn zurückgelenkt. Überhaupt waren die sozialistischen Ideen in hiesiger Stadt nur wenig in den Kreis der Arbeiter, namentlich der Fabrikarbeiter gedrungen, sondern die Anhänger der Partei rekrutierten sich meist nur aus den kleineren Schuhmachern und Schneidern, welche letzteres Geschäft hier stark vertreten ist und auch die Mehrzahl der Parteimitglieder lieferte.

Wir wollen durchaus nicht behaupten, daß die Sozialdemokratie in hiesiger Stadt ganz und gar ausgerottet ist, allein das ist sicher, daß sie an Boden verloren hat und das umso mehr, als hier eigentlich fähige Leiter der Bewegung nie

existierten, sondern die Sache von Außen, namentlich von Mannheim aus geschürt und geleitet wurde. Da nun sozialistischen Agitatoren das Handwerk gelegt und namentlich dem Einfluß derselben durch öffentliche Versammlungen auf die ungebildete Masse beseitigt wurden, so ist der Weiterverbreitung der sozialdemokratischen Tendenzen der Boden entzogen.

Auch die dahier erscheinende »Neue Wormser Zeitung« - demokratisches Organ - welche früher stark mit den Sozialdemokraten liebäugelte, hat sich seit Erlaß des Gesetzes größter Mäßigung befleißigt. Schließlich erlauben wir uns noch auszuführen, hat sich alsbald nach der freiwilligen Auflösung des Vereins der soz. Arbeiterpartei dahier ein Gesangverein »Heiterkeit« gegründet. Nach unseren Ermittlungen sind die aktiven Mitglieder dieses Gesangvereins meist Mitglieder des soz. Vereins gewesen. Durch Beitritt von aktiven Mitgliedern hat sich die Gesamtzahl der Vereinsmitglieder auf 29 gehoben. Diese 29 Personen gehörten jedoch mit 2 Ausnahmen sämtlich dem Verein der soz. Arbeiterpartei oder den ebenfalls aufgelösten Gewerkschaften der Schneider und Schuhmacher an. Wenn durch die Statuten dieses Gesangvereins auch jede politische Unterhaltung untersagt ist, so kann doch eine Vereinigung, selbst in dieser unverfänglichen Form nicht geduldet werden. Es ist unseres vorgreiflichen Dafürhaltens eine derartige Vereinigung als unter die Bestimmungen des § 1 des vorerwähnten Gesetzes fallend zu betrachten und erlauben wir uns daher das Verbot derselben gehorsamst zu beantragen.

Nachträglich legen wir zwei bei Mitgliedern des Vereins »Heiterkeit« erhobenen Liederbücher gehorsamst vor. Aus der Auswahl der darin enthaltenen Lieder, namentlich dem Lassalle-Lied, trotzdem dieses mit Papier überklebt ist, ergibt sich zur Genüge die Tendenz des Vereins.«

Ein Vorgang, über den man heute nur belustigt schmunzeln kann, hat damals sicher zu einer existenziellen Bedrohung der Betroffenen geführt:

»Im Verfolge unserer Berichte vom 16. ds. Mts. beehren wir noch zu berichten, daß seitens der hiesigen Militärbehörde der Besuch der Wirthschaft »Zum Rebstock«, Sterngasse, Vereinslokal des Gesangvereins »Heiterkeit« und der aufgelösten soz. Arbeiterpartei verboten worden ist. Es war nämlich kürzlich des Nachts ein Soldat des hiesigen Bataillons in total betrunkenem Zustand von einer Polizeipatrouille auf der Straße aufgefunden worden und auf die Wache abgeliefert worden. In der Trunkenheit führte der Soldat hierbei sozialistische Reden und erklärte sich selbst als Sozialdemokrat. Da derselbe öfters die obenerwähnte Wirthschaft besucht, und hier wohl die soz. Ideen aufgenommen hat, so erfolgte das Verbot der Besuche für die Angehörigen des hiesigen Bataillons.«

20. Dez. 1878 betr. Verbot der Deutschen Tabakarbeitervereine wird »unter Rückschuß der Commissariatsorder« gehorsamst beantwortet, daß die darin bezeichnete in London residierende Association hierorts keine Verzweigung und Verbindung unter den Tabakarbeitern hat. Die hiesigen Tabakfabrikanten

beschäftigten überhaupt nur 5-6 Arbeiter männlichen Geschlechts welche sämtlich verheiratet und lange Jahre dahier ansässig seien, sonst würden nur Arbeiterinnen verwendet, die dahier in den nahegelegenen Ortschaften bei ihren Eltern wohnten.

Die Anlage bringt ein Verzeichnis der Arbeiter der Firma Carl Pfeiffer und Söhne. Es waren dort 4 Männer und 21 Arbeiterinnen beschäftigt. Auf der Rückseite wurden 5 Männer und 12 Frauen aufgeführt, darunter Georg Jäger.

Obwohl es 1866 bereits mehr als 100 Hinweise und Anoncen in denen zu Zusammenkünften von Arbeitern in bestimmten Gaststätten aufgerufen wurde, um über Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen zu sprechen, gab, waren die Arbeiter der großen Wormser Betriebe insbesondere der Lederindustrie nicht organisiert. Noch 1905 gab es nur 1,6% gewerkschaftlich organisierte Lederarbeiter, aber 59% der Holzarbeiter waren Mitglied in ihrer Gewerkschaft. Freiherr Cornelius Wilhelm Heyl zu Herrnsheim machte seinen Einfluß als Arbeitgeber (Heyl'sche Lederindustrie) und als Politiker geltend. Er war Reichstagsabgeordneter der Nationalliberalen, Mitglied der ersten Kammer im Hessischen Landtag, der Handelskammer, des Kirchenvorstandes und er war höchststeuerter Grundbesitzer der Gemeinde. Die Familie Heyl hatte es durch den Kauf früherer staatlicher Güter und Ersteigerung der Nationalgüter 1803-1810 neben der Lederfabrikation zu einem beträchtlichen Vermögen gebracht. Seine politischen und wirtschaftlichen Interessen wurden außerdem von der »Wormser Zeitung« unterstützt. Im »Wormser Tageblatt« und dem »Wormser Generalanzeiger« erhielt er, so in einer Biographie nachzulesen, erst in den neunziger Jahren Einfluß, »indem es ihm gelang, politisch gleichgesinnte Männer in die Redaktion der ihn bisher bekämpfenden Zeitungen zu bringen.«

Sein »zentrales Anliegen« war die Bekämpfung der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften, die er für ein »nationales Krebsgeschwür« hielt. Andererseits war er in weiten Kreisen der Bevölkerung durch seine leutselige Art beliebt und sorgte schon früh für Kindergärten, Wohnungsbau usw. für seine Arbeiter, die sich dann entsprechend verhielten. Durch Kunstsammlungen und Stiftungen trug er maßgeblich zur kulturellen Entwicklung der Stadt bei.

Recht aktiv waren die Bauarbeiter. Im Verlauf der achtziger Jahre scheint sich eine rege Versammlungstätigkeit ergeben zu haben. Es wurden Flugblätter verteilt. Es ging um Löhne und Unterstützung für Streikende. So wird aus Ohlau/ Schlesien berichtet, daß dort der Stundenlohn für Zimmerergesellen auf 15 Pfennig herabgedrückt worden sei.

Am 12.9.1887 hielten die Zimmerergesellen in Worms bei Schambach im »Fäßchen« in der Mähgasse eine Versammlung ab. Die Tüncher waren am 15.3.87 in der »Ebertsburg« in der Petersstraße bei Gastwirt Segien zusammengekommen.

Ab 17.12.1886 erfolgte die Überwachung der »Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.«

Eine allgemeine Arbeiterversammlung fand am 24.5. statt, im Gasthaus »Zum Schwanen«. Referent war Paul Grottkau, Berlin Präsident des Allgemeinen Deutschen Maurervereins. Er sprach über »Die Lage der arbeitenden Klasse,« insbesondere die der Bauhandwerker.

Die Beobachtungen der Polizei erstreckten sich auch auf harmlose private Bereiche. So ging am 11.7.1886 beim Wormser Telegraphenamt folgendes Telegramm von der Ludwigshafener Polizei ein:

»Großpartie Sozialdemokraten kommen heute aus Bieberach per Schiff hier durch. Bitte Ankunft derselben in Worms hierher bekannt zu geben«, Klein, Polizeiwachmeister.

Um die geographischen Kenntnisse des Wachtmeisters scheint es nicht besonders bestellt gewesen zu sein, denn er verwechselte Bieberach mit Biebrich.

Das Polizeiamt antwortete: »Mittels Boot bis jetzt nichts durch Polizei Ludwigshafen: Besagtes Schiff von Biebrich heute Nacht 12 Uhr rheinaufwärts.«

Blatt Nr. 2		
Erteilung Nr. 167		
Telegramm Nr.		
Entnommen von	Telegraphie des	Postamt Nr. 17
am 7. Juli 1886	Daußheim 8. 1886	am 7. Juli 1886
Worms	Worms	Worms
Telegramm aus <i>Ludwigshafen</i> am 11.7.1886 um 8.11.86		
<i>Großpartie Sozialdemokraten kommen heute aus Bieberach per Schiff hier durch. Bitte Ankunft derselben in Worms hierher bekannt zu geben Klein</i>		
<i>Mittels Boot bis jetzt nichts durch Polizei Ludwigshafen</i>		
<i>am 12.7.1886</i>		



Georg Jäger

Solche Nachrichten erinnern an die Warnungen vor den Landfahrten »Kinder ins Haus, Wäsche von der Leine«! Dabei waren es nur harmlose Sonntagsausflügler.

Es gab aber auch andere Themen, die die Bürger der Stadt veranlaßten, eine Versammlung einzuberufen wegen der Absicht, für die Volksschulen und die Vorbereitungsklassen der Gymnasien wieder Schulgeld zu erheben.

Ansonsten berichtet die »Wormser Zeitung« im wesentlichen nur über Veranstaltungen geselliger Vereine, über Agrarpreise oder besondere Sensationen aus dem Ausland.

Die geschäftlichen Anzeigen spiegeln das Gesellschaftsbild jener Zeit in Stil und Aussagen wieder.

Politische Druckschriften waren seit Beginn des Sozialistengesetzes verboten. Es gibt ein Verzeichnis der periodischen und der nichtperiodischen Schriften. Unter den letzteren finden wir auch ein Blatt aus der Druckerei G. Utenberg, Mainz, gedruckt auf rotem Papier, einer Werbeschrift für Geschäftsreklame ähnlich, mit der Überschrift: »Tod allem Ungeziefer«, Gebrauchsanweisung zur gänzlichen Vertilgung von Flöhen, Wanzen, Motten und anderem Ungeziefer. Dabei fällt der aufgemalte Floh besonders ins Auge.

Auf dem Flugblatt wird darauf hingewiesen, wie schädlich Ungeziefer für den Menschen ist und daß man den Schmarotzern den Garaus machen solle. Es sei an der Zeit, ihnen die Lebensbedingungen zu entziehen. Über 4 Seiten wird dann verschlüsselt aufgefordert, sich nicht länger ausbeuten zu lassen. Das Flugblatt endet mit dem Aufruf: »Wie und wann Du, mein Volk Deinen Blut-saugern am besten beikommen kannst, darüber werden wir, Deine Freunde noch weiter mit Dir sprechen. Vor allem höre auf die Sozialdemokraten und unterstütze sie in allen ihren freiheits- und volksfreundlichen Bestrebungen. So wirst Du am sichersten des Ungeziefers Herr!«

Ähnliche Flugblätter in nach außen hin unverfänglicher Form wurden auch nach 1933 illegal verteilt. Wer dabei erwischt wurde, dem drohte der Prozeß, Zuchthaus oder Konzentrationslager. Dies haben eine Reihe von Wormsern bitter erfahren müssen. In beiden Fällen, sowohl unter dem Sozialistengesetz, als auch später während der Nazi-Zeit bedeutete politisches Engagement bei den Sozialdemokraten für die betroffenen Familien ein hohes Risiko, zumindest jedoch den Verlust des Arbeitsplatzes. So war der Vorsitzende der Wormser Sozialdemokraten, Georg Jäger, oft gezwungen, mit Zigarren von einem Lokal zum anderen zu gehen, um aus dem Verkauf die Existenz seiner Familie zu sichern. Das versicherte glaubwürdig ein Enkel, Jakob Jäger, der damals seinen Großvater begleitet hat.